

GRAPHISCHE PRESSE

ORGAN FÜR DIE INTERESSEN DER LITHOGRAPHEN, STEINDRUCKER, CHEMIGRAPHEN, PHOTOGRAPHEN, LICHT-UND KUPFERDRUCKER, FORMSTECHE, TAPETEN-U. WACHSTUCHDRUCKER U. VERW. BERUFE.

Abonnement.

Die Graphische Presse erscheint wöchentlich Freitags. Abonnementspreis: 1 Mk. inkl. Zustellung pro Quartal. Zu beziehen durch alle Buchhandlungen und Postanstalten. (Post-Zig.-Kat. No. 3573.) Für die Länder des Weltpostvereins Mk. 1,25.

Redaktion:

Paul Bartel, Friedrichshagen-Berlin, Viktoriastraße 6. Verlag: Otto Sillier, Berlin N. 28, Anklamerstr. 27, I. Druck und Expedition: Conrad Müller, Schkeuditz. Redaktionschluss: Sonnabend

Insertion.

Für die viergespaltene Pettizelle oder deren Raum 30 Pf., bei Wiederholung Rabatt. Für Vereinsmitglieder sowie Vereinsanzeigen 15 Pf. pro Zeile. Beilagen nach Uebereinkunft.

Bekanntmachungen.

Lohnbewegungen.

Hamburg. Die Differenzen in der Firma H. Carly sind, nach erfolgten Verhandlungen unserer Vertreter mit der Firma, beigelegt.

Gesperrt.

Stellungnahme in allen folgenden Firmen zieht den Verlust der Mitgliedschaft nach sich.

In Deutschland:

- Altona-Ottensen.** Tapeten-Fabrik Hansa, Iven & Co.
- Berlin.** Der gegnerische Arbeitsnachweis bei S. Herrmann.
- Berlin.** (Chemigr.) Angerer (Kupferdrucker).
- Beuel a. Rh.** Engelhard & Schlew, Kommandit-Gesellschaft, Abt. der Tiage (Tapetendr.).

- Chemnitz.** A. Jülich; Köhler & Richter (Chemigr.).
- Dresden.** Mittelbach; C. Schemmel; Stengel & Co.; Mejo & Markert (Chem.).
- Erfurt.** Ohlenroth'sche Buchdruckerei, Inh. Georg Richters (Chemigr.).
- Frankfurt a. M.** Heß & Janke.
- Hamburg.** Nelles & Co (Chemigr.).
- Kattowitz.** Jermulowic & Bergmann in Sosnowice, Russ.-Polen.
- Köln a. Rh.** Blechemballagetabrik Pepsy & Waldthausen (Lith. u. Steindr.); Flammersheim & Steinmann (Formst. u. Tapetendr.).
- Kötzschenbroda bei Dresden.** Robert Mittelbach, Kunstanstalt Globus.
- Langenhagen b. Hannover.** Norddeutsche Tapetenfabrik, Inh. Hölischer & Breimer (Tapetendr.).
- Leipzig.** Mejo & Springer; C. Wittstock (Chemigr.).
- Stuttgart.** Gebr. Röfle (Chemigr.).

Im Ausland:

- Belgien.** Bruges: La Lithographie Artistique, Descelee De Brouwer Cie. Brüssel: Rissel & Co. (Formst.).
- Dänemark.** Kopenhagen (Kupferdr.) Bibow: A. Jakobsen - Kopenhagen (Chem.).
- Frankreich.** Lille und alle nördlichen Bezirke.
- Holland.** Krommenie: Verwers Metaaardrukkery (Lithogr. und Steindr.).
- Oesterreich.** Mähren, Schlesien, Lemberg. Prag-Lieben. M. Grab Söhne, Wachs- und Linoleumdruckerei.
- Schweiz.** Basel: Manissadjian & Cie.

Tarifamt für Deutschlands Chemigr. und Kupferdrucker.

Die Gehilfenvertreter des I. Tarifkreises, Sahn und Schwerdtner, haben

ihre Aemter im Tarifausschusse der Chemigraphen u. Kupferdrucker niedergelegt. Gemäß § 10 des Tarifes wird hiermit eine Neuwahl ausgeschrieben, und zwar sind zu wählen ein Kreisvertreter und ein Stellvertreter, die beide in Berlin ihren Wohnsitz haben müssen. Wahlberechtigt sind nur diejenigen Gehilfen des I. Kreises, die in tariffreien Anstalten beschäftigt sind. Wir bitten, die Aufstellung von Kandidaten vorzunehmen und diese Vorschläge dem derzeitigen Gehilfen-Kreisvertreter Sahn-Berlin, Wienerstr. 58 schriftlich mitzuteilen, und zwar spätestens bis zum 20. Januar 1910. Stimmzettel gehen den Wählern alsdann durch den Kreisvertreter zu, und wird als Wahltag der 3. Februar bestimmt.

Berlin, 18. Dezember 1909.

Georg W. Büxenstein, Prinzipal-Vors. Alb. Hehr, Gehilfen-Vorsitzender.

Inhalt.

Hauptteil: Bekanntmachungen. Die Zwangsherrschaft der Gewerkschaften. Rundschau. Generalversammlungen und Kongresse. Soziale Monatschau. Bürgerliche und proletarische Alkoholfrage. — **Allgemeines:** Das graphische Gewerbe in Amerika, VIII. Christentum und Kanonenkönigtum. Bezirk Schlesien und Posen. Ortsberichte: Bremen, Saalfeld. — **Der Lithograph:** Submission und Preis-ausschreiben im Lithographiegewerbe. — **Die Tapetenbranche:** Auf der Streikbrechersuche. Zur Situation im Gewerbe. — **Feuilleton:** Reisebriefe aus Amerika. Die Leistungen der zusammensetzenden Chemie. Eingänge. — **Anzeigen.**

Die „Zwangsherrschaft der Gewerkschaften“.

Die Scharfmacherpresse vom Schlage der »Post«, »Arbeiterzeitung« e tutti quanti nimmt jede Gelegenheit wahr, um fleißig den Schleifstein zu drehen und gegen die verhasste Arbeiterbewegung ihr rostiges Messer zu wetzen. Eine solche Gelegenheit glaubt sie gegenwärtig wieder durch einen Brief gefunden zu haben, den unser Gauleiter von Rheinland-Westfalen, Kollege Bauknecht, an die Firma Flammersheim & Steinmann in Köln-Zollstock — wo die Tapetendrucker die Arbeit niederlegten, weil man ihnen die Fertigstellung von Streikarbeit für die Firma Rasch in Bramsche zumute — geschrieben hatte. In diesem Brief wurde der Firma mitgeteilt, daß von weiteren Verhandlungen über die Wiederaufnahme der Arbeit nicht die Rede sein könne, wenn die Organisationsleitung dabei ausgeschaltet bleiben sollte; die Firma möge sich nur an den Gauvertreter wenden, sofern sie in neue Verhandlungen eintreten wolle. Ausdrücklich wurde darauf hingewiesen, daß diese Mitteilung nur erfolgt sei, um die Firma vor Enttäuschungen zu bewahren und die Anhäufung von weiterem Konfliktstoff zu vermeiden.

Dieser berechtigten, in loyaler Form erfolgten und nicht zuletzt auch im Interesse der Firma liegenden Forderung nach Beilegung der Differenz durch Vermittlung der Organisation wurde nicht Rechnung getragen, trotzdem die

unter der Sanktion der Gewerkschaft getroffenen Vereinbarungen auch für die Unternehmer zweifellos einen ungleich höheren Wert erhalten, wie die nur zwischen einer Firma und ihren Arbeitern abgeschlossenen Abmachungen. Satt dessen hielt es die Firma für geboten, das Schreiben dem Arbeitgeberverbande von Köln zu unterbreiten, der es seinerseits wieder für erforderlich hielt, es der gesamten Scharfmacherpresse als »Material« zu überweisen. Der in diesen Blättern an das Schreiben geschlossene Kommentar ist geradezu überfüllt mit den unglaublichsten Verdrehungen und Entstellungen, die alle auf den zwar nicht löblichen, bei diesen Blättern aber allgemein geltenden Grundsatz zurückzuführen sind: wo sich nichts hineinlegen läßt, da schiebt man unter.

Die Auslassungen der Scharfmacherpresse sind alle auf den Ton gestimmt, vor der Zwangsherrschaft der Gewerkschaften »gruselig zu machen. Dreist und gottesfürchtig wird z. B. in der »Post« behauptet, aus dem Briefe gehe hervor, daß es sich bei dem Streifall nicht um irgendwelche Arbeitsverhältnisse der Fabrik, sondern nur um die Anerkennung der Organisation (wie schrecklich!) gehandelt habe. Da man diese Behauptung aber aus dem Wortlaut des Briefes, aus dem sie destilliert werden sollte, nicht beweisen kann, sieht man sich nach anderen Beweisen um, die man dann in folgendem Satze den gläubigen Lesern serviert: »Denn die streikenden Arbeiter haben irgend welche Klage und Beschwerden über ihre eigenen Arbeitsverhältnisse nicht vorgebracht, sondern waren durchaus mit den in der Fabrik bestehenden Einrichtungen zufrieden, wie das ja auch daraus hervorgeht, daß sie sämtlich lange, zwei sogar 36 Jahre, in der Fabrik beschäftigt, verheiratet und in Köln ansässig sind.«

Von der Solidarität der Arbeiter, die sie trotz ihrer langjährigen Beschäftigung in einem Betriebe, trotz ihrer Ansässigkeit in ihrem Wohnort und trotz anderer zu größter Vorsicht mahnender Umstände dazu treibt, die entehrende Zumutung, ihren kämpfenden Brüdern

in anderen Orten und Betrieben durch Leistung von Streikarbeit in den Rücken zu fallen, auch mit dem äußersten Mittel der Arbeitsniederlegung zurückzuweisen, — von dieser alle selbstischen Rücksichten beiseite setzenden Arbeitersolidarität können natürlich die Tintenkuks der Scharfmacher keine Ahnung haben. Wer nur den krasssten Egoismus, die rücksichtsloseste Selbstsucht vertreten darf, für den sind Selbstlosigkeit und mannhaftes Eintreten für andere natürlich böhmische Dörfer.

Aus dem zitierten Satze, d. h. also aus der durch die Kollegen von Flammersheim und Steinmann betängelten und den Soldschreibern der Scharfmacher unbegreiflichen Solidarität, nicht aber aus dem Briefe unserer Gauvertreter wird dann geschlußfolgert:

»Es ist also lediglich die Herrschsucht der Gewerkschaft und das alle Grenzen überschreitende Machtgefühl der letzteren, wie es sich in dem vorstehenden Schreiben offenbart, das die Arbeiter hier zu der gewaltsamen Störung eines friedlichen und guten Arbeitsverhältnisses veranlaßt hat.«

Trotzdem man sich also gar keine Mühe gab, aus dem Briefe zu beweisen, daß es sich für die Arbeiter nur um die Anerkennung der Organisation gehandelt habe, wird einfach erneut darauf los behauptet, aus dem Schreiben offenbare sich das »alle Grenzen überschreitende Machtgefühl« der Gewerkschaften. Und auf Grund dieser ganz nett zurechtgedrehten Deduktion, bei der die dreiste Behauptung den Beweis ersetzen muß, kommt man dann endlich zu dem eigentlichen Zweck der Uebung, der darin besteht, gegen die Gewerkschaften in folgender Weise den Schleifstein zu drehen:

»Gegen diese Zwangs- und Schreckensherrschaft der Gewerkschaften muß unseres Erachtens jeder Geschäftstreibende und namentlich jeder Arbeitgeber sich mit aller Entschiedenheit wehren. . . Die Angelegenheit hat, wie man sieht, eine weit über die örtlichen Verhältnisse hinausgehende sozialpolitische Bedeutung. Sie zeigt, wie die Gewerkschaften über das gewerbliche Leben eine Zwangsherrschaft auszuüben bestrebt sind, wo sie es irgendwie mit Erfolg tun zu können meinen und dabei auch nicht davor zurückschrecken, ganz schuldlose Arbeiter auf Pflaster zu werfen, um den Ausdruck zu ge-

brauchen, den sie gegenüber den Arbeitgebern mit Vorliebe anwenden, die in dem wirtschaftlichen Kampf mit den Arbeitern sich zur Schließung ihrer Betriebe genötigt sehen. Nur durch einen festen Zusammenschluß aller an dem Fortbestehen unserer bürgerlichen Gesellschaftsordnung und unseres gewerblichen Lebens beteiligten Kreise kann solchen unberechtigten und frevelhaften Angriffen gegen die bürgerliche und persönliche Freiheit der Arbeitgeber (die Arbeiter nach Herzenslust auszubeuten!), wie der Arbeitnehmer (sich vom Unternehmertum geduldet ausbeuten zu lassen!), erfolgreich entgegenzutreten werden.

Dafür, daß in dieser Scharfmachereipeil auch der Humor zu seinem Rechte kommt, sorgt in gerader einzigartiger Weise das redliche Bemühen des Schleifsteindreihers, den durch die in Frage kommenden Arbeiter gefaßten Beschluß, die zugemutete Streikarbeit durch *Arbeitsniederlegung* zurückzuweisen, mit einer von den Unternehmern verhängten *Aussperrung* zu vergleichen und zu sagen, durch diesen Beschluß der betreffenden Kollegen habe die Gewerkschaft — schuldlose Arbeiter auf's Pfaster geworfen! Das ist jedenfalls der Gipfel! Wie muß es in dem Hirn eines Menschen aussehen, der in seinem wütenden Haß gegen die Gewerkschaften und um diesen etwas auszuweichen zu solchen habhebüchernen Parallelen kommt! Beim seligen Stamm hätte solcher Unsinn jedenfalls nicht ungestraft passieren dürfen; er hätte wahrscheinlich wieder gefragt, welcher Esel das wieder geschrieben habe. Das heutige Unternehmertum stellt gleich hohe Anforderungen nicht. Es genügt ihm, wenn seine Angestellten gegen die Arbeiterbewegung recht kräftig vom Leder ziehen, auch wenn Logik und Vernunft dabei unter die Füße getreten werden. Ja es hält sogar den zitierten Erguß für wichtig genug, ihn als »Sonderabdruck aus No. 539 der Zeitung, die Post« noch über den Leserkreis dieses ehrenwerten Blattes hinaus verbreiten zu lassen, trotzdem er schon von einer ganzen Reihe gleichartiger Blätter des Nachdrucks gewürdigt worden war. Wie bescheiden müssen doch diese Leuten sein, die mit dieser »geistigen Kost« zufrieden sind! Wir gönnen jedenfalls dem Unternehmertum diesen Soldschreiber. Die Auftraggeber und der Angestellte sind einander wert!

Gegenüber der Irreführung der Öffentlichkeit und gegenüber den Scharfmachereien gegen die Gewerkschaften, zu denen man die geschilderte Auslegung des Briefes unseres Gauleiters benutzt hat, wollen wir zum Schluß noch kurz feststellen, warum in dem Brief die Notwendigkeit betont wurde, daß bei allen weiteren Verhandlungen die Organisationsleitung zuzuziehen sei. Die Inhaber der Firma *Fammersheim* und *Steinmann* hatten gemeinsam mit *Herrn Rasch* aus *Bramsche* versucht, die Arbeiter in dreistündiger Unterredung zur Leistung der Streikarbeit zu überreden. Die Krise und die damit verbundene Arbeitslosigkeit wurde angeführt, um den Arbeitern begreiflich zu machen, daß sie froh sein müßten, Arbeit zu haben. Dann überbot man sich in den weitgehendsten Versprechungen, womit man die Verbesserungsbedürftigkeit der Verhältnisse der *Tapetendrucker* zugab. Zuletzt suchte man die »Halsstarrigkeit« und »Einsichtslosigkeit« der Arbeiter durch Drohungen zu brechen. Als alles den Willen der Arbeiter, ihren kämpfenden Kollegen nicht in den Rücken zu fallen, nicht zu beugen vermochte, redete man ihnen vor, es handle sich gar nicht um Streikarbeit, da die zu druckenden Walzen der bestreikten Firma — abgekauft worden seien! Die Arbeiter gingen aber nicht auf den Leim. Auch spätere Bemühungen des *Buchbindermeisters*, der die *Halsstarrigen* im Auftrag der Firma in der Wohnung besuchte, um sie zur Wiederaufnahme der Arbeit zu überreden, blieben erfolglos. Daraufhin sah sich die Firma zu der Erklärung veranlaßt, sie habe den Streitgegenstand, die Streikarbeit, fallen gelassen, so daß die Drucker die Arbeit wieder aufnehmen könnten. Aber die Bedingungen der Wiederaufnahme sollten erst geregelt werden, wenn die Arbeiter wieder im Betrieb seien. Auch war man unvorsichtig genug, zu bemerken,

welche Gehilfen man nicht mehr einstellen wolle. Die Arbeiter verzichteten darauf, sich in dieser Weise einwickeln zu lassen und beschlossen, die Arbeit erst dann aufzunehmen, wenn ihnen unter Mitwirkung des Gauleiters bei den Verhandlungen genügend Garantien gegen unwürdige Zumutungen geboten würden. Diesen Willen der Arbeiter brachte der Brief unseres Gauleiters zum Ausdruck. Natürlich löste er die helle Wut der Firma wegen des Scheiterns ihrer feingesponnenen Pläne aus. Jeder Einsichtige wird aber aus dieser Darlegung der tatsächlichen Verhältnisse erkennen, was das zornige Geseire über die »Zwangsherrschaft der Gewerkschaften« auf sich hat.

Rundschau.

Ein neuer Trust von Großserenten und Reklameverbraucher wurde unlängst unter dem Namen *»Serenten-Vereinigung«* mit dem Sitz in Berlin gegründet. Er bezweckt u. a. die Beseitigung von Mißständen im Plakatwesen, worüber im Programm gesagt wird: »Bei Bestellung von Plakaten und sonstigen Reklamesachen auf Grund eingereicherter Skizzen beanspruchen die Kunstanstalten häufig dauernd das Verlags- und Vervielfältigungsrecht für sich, gleichviel ob der Kunde den künstlerischen Entwurf bei der ersten Auflage bezahlt hat. Bei späteren Auflagen werden häufig gleiche Preise, wie für die erste Auflage beansprucht, obgleich die Herstellungskosten wesentlich geringer sind. Bei Auftragsbestätigungen lehnen die Kunstanstalten vielfach genaue Spezifizierungen des zu liefernden Druckmaterials, bezw. der Qualität und weitere genaue Beschreibung der zu liefernden Arbeit als nicht usancegemäß ab. Auch hinsichtlich der Plakatverbreitung, bezw. des Plakatanschlags sind die Interessen der einzelnen Firmen nicht immer genügend gewahrt. Hat doch beispielsweise der Verein *Deutscher Steindruckereibesitzer* Usancen festgelegt, welche in einer Reihe von Punkten keineswegs den berechtigten Interessen der Auftraggeber entsprechen und welche bei entstandenen Prozessen schon häufig in Form von sachverständigen Gutachten die Interessen der Plakatverbraucher schwer geschädigt haben. Diesen und anderen Mißbräuchen und Uebervorteilungen soll nun durch die Solidarität der Trustmitglieder ein Riegel vorgeschoben werden. — Die Arbeiterschaft wird sorgfältig darüber wachen müssen, daß der bevorstehende Preiskampf nicht wieder auf ihre Kosten geführt wird. Die Steindruckunternehmer sollen ihre an ihren Kunden begangenen Sünden selber büßen!«

Ueber die Bestrafung des Gründers eines Papierringes in Amerika berichtet die *»Papierzeitung«*: Am 16. Juni 1908 war *John H. Parks*, der Gründer der *»Manila and Fibre Association«* vom Bezirksgericht der Vereinigten Staaten zu 4000 Dollar Strafe verurteilt worden. Gleichzeitig wurden die mehr als 20 Papierfabriken der amerikanischen Mittelstaaten, welche der genannten Association angehörten, zu je 2000 Dollar Strafe verurteilt, weil sie sich nachweislich vereinigt haben, um den Preis von Packpapier über Gebühr hoch zu halten und den Wettbewerb in dieser Ware auszuschließen. *Parks*, welcher nach mehrjähriger Arbeit diesen Ring begründet hatte und mit 25000 Dollar Jahresgehalt als dessen Geschäftsführer bestellt war, entzog sich seinerzeit der Strafe durch Flucht nach dem Auslande. Dieser Tage kehrte er zurück und erlegte die 4000 Dollar Strafe.

Die Lohnbewegung der Lithographen und Steindrucker in Graz, die 14 Tage dauerte und während welcher eine allgemeine Kündigung der Arbeiter, soweit diese nicht gekündigt hatten, durch die Prinzipale erfolgte, endete nach mehrfachen langwierigen Verhandlungen mit einem schönen Erfolg für die Gehilfenschaft. Den Arbeitern wurde eine Zulage von 3, den Arbeiterinnen von 2 K. zugebilligt und außerdem die 8½ statt der bisherigen 8¼ stündigen Arbeitszeit eingeführt. Ebenso wurde im Tarif die Gewährung von bezahlten Sommerurlauben festgesetzt, wobei die Dienstzeit in *Grazer* Offizinen als in einer Offizin zurückgelegt angenommen werden soll. Der neue Tarif wurde von allen *Grazer* Prinzipalen angenommen, außer einer Offizin, welche sich nach einem deshalb von ihren Arbeitern organisierten Ausstand nun auch zur Annahme entschlossen hat.

Eine Lehrlingsabteilung hat sich nunmehr auch der *Verband der Sattler und Portefeuller* angegliedert, in die neben den Lehrlingen auch alle Hilfsarbeiter unter 17 Jahren aufgenommen werden. Sie wurde nach dem Muster unserer Lehrlingsabteilung mit einem Beitrag von 10 Pf., Krankenunterstützung usw. eingerichtet und tritt am 1. März 1910 in Kraft. Die Mitglieder erhalten das *Verbandsorgan* und die *»Arbeiter-Jugend«*. Möchte der *Verband* mit seiner Lehrlingsabteilung dieselben guten Erfahrungen machen wie wir mit unserer machen könnten.

Ueber die Leistungen der verschiedenen deutschen Gewerkschaftsgruppen veröffentlichte das *»Reichsarbeitsblatt«* folgende Zahlen: Es hatten Mitglieder im Jahre 1908

die freien modernen Gewerkschaften . . . 1865506
 „ christlichen Gewerkschaften . . . 264519
 „ Hirsch-Dunckerschen Gewerkschaften 105558

Es zählten aus im Jahre 1908 an Arbeitslosenunterstützung

die freien modernen Gewerkschaften 8134388 Mk.
 „ christlichen Gewerkschaften . . . 134453 „
 „ Hirsch-Dunckerschen Gewerkschaften 288068 „
 Für Rechtsschutz, Krankengeldzuschüsse, Invalidenunterstützung, Umzugskosten usw. zählten 1908 aus die freien modernen Gewerkschaften 20004767 Mk.
 „ christlichen Gewerkschaften . . . 976393 „
 „ Hirsch-Dunckerschen Gewerkschaften 406318 „
 Für Aussperrungs-, Streik- und Gemäßregeltenunterstützung zählten 1908 aus

die freien modernen Gewerkschaften 6259662 Mk.
 „ christlichen Gewerkschaften . . . 424992 „
 „ Hirsch-Dunckerschen Gewerkschaften 130340 „
 Für Unterstützungen insgesamt verausgabten also in einem einzigen Jahre

die freien modernen Gewerkschaften 34398817 Mk.
 „ christlichen Gewerkschaften . . . 1535838 „
 „ Hirsch-Dunckerschen Gewerkschaften 824726 „
 Zahlen reden, und diese amtliche Aufstellung sagt jedem denkenden Arbeiter ohne weiteres, daß er in den freien Gewerkschaften die zweckmäßigste Vertretung seiner Interessen gefunden hat.

»Aus dem roten Sumpf.« Unter dieser vielversprechenden sensationellen Überschrift hat ein gewisser *Karl Roche* ein Broschüchen veröffentlicht. *Roche* ist eine Zeitsang im Bureau des *Bauhilfsarbeiterverbandes* in *Hamburg* beschäftigt worden. Die Broschüre, die *Korruption* und *Unregelmäßigkeiten* auf dem *Verbandsbureau* enthüllen will, ist ersichtlich im Zustande der *Verärgerung* geschrieben worden. Tatsächlich enthält sie ersichtliche *Aufbauschungen* und *Uebertreibungen* einzelner, meist unbedeutender Vorkommnisse. *Roche* hat nun auch noch *Anzeige* bei der *Staatsanwaltschaft* gegen den *Vorstand* des *Bauhilfsarbeiterverbandes* wegen *Begünstigung* gemacht. Wie uns berichtet wird, hat der *Staatsanwalt* das *eröffnete Verfahren* gegen den *Vorstand* eingestellt.

Die Landtagswahlen in Preußen hatten bekanntlich trotz des elendsten aller Wahlgesetze in 7 Wahlkreisen der Sozialdemokratie den Sieg gebracht. Das *Dreiklassenparlament* kassierte 5 *Berliner Mandate*, die von *Sozialdemokraten* erobert worden waren, trotzdem die *Wahl* nach genau denselben Methoden wie in den anderen *Berliner Wahlkreisen* stattgefunden hatte. Man ließ eben *skrupellos Gewalt vor Recht* ergehen, um die einzigen *Wahrer der Volksinteressen* im *Landtag* zu schwächen. Der *skandalöse Gewaltstreik* hatte nur in einem *Wahlkreise* Erfolg, in welchem der *Genosse Hoffmann* einem *Freisinnshelden* mit wenigen *Stimmen* unterlag. Die anderen 4 *Mandate* wurden bei den *Neuwahlen* glänzend behauptet und damit den *Gewaltstreichern* ein *Denkzettel* erteilt, den sie nicht so schnell vergessen werden.

Die Landtagswahlen in Sachsen-Weimar brachten der Sozialdemokratie neben einem bedeutenden *Stimmenzuwachs* schon im *ersten Wahlgang* 4 *Mandate*; bisher hatte sie 3 *Plätze* im *Parlament* des *Goethelandchens* inne. Außerdem ist sie von den 10 *Stichwahlen* an 7 *beteiligt*, so daß weitere *Mandateroberungen* nicht ausgeschlossen sind.

Generalversammlungen und Kongresse.

Der 25. kanadische Gewerkschaftskongress tagte vom 20. bis 24. September in *Quebec*. Anwesend waren 124 *Delegierte*, von denen 90 *Ortsvereine* *amerikanischer Gewerkschaften* und 34 *Gewerkschaftskartelle* vertraten, die rund 100000 organisierte Arbeiter in sich vereinigen. Außerdem nahm ein *Vertreter der Federation of Labor* an den *Verhandlungen* teil. Aus dem Bericht des *Exekutivausschusses* ist hervorzuheben, daß im *Laufe* des *Berichtsjahres* die alte *Forderung* des *Kongresses* nach *Errichtung* eines *selbständigen Ministeriums der Arbeit* verwirklicht wurde. Ferner protestierte der *Beicht* gegen die *Berufung* der *Miliz* gelegentlich des *Streiks* der *Bergarbeiter* in *Glace Bay* und forderte, daß die *bewaffnete Macht* nicht mehr auf *Verlangen* *privater Korporationen* und zur *Einschüchterung* der *Arbeiter* herangezogen werden darf. Die *Berichte* der *Provinzialausschüsse* gaben ein *Bild* der *Vorwärtsentwicklung* der *Arbeiterbewegung* in *allen Landes-*teilen. Der *Sekretär* des *amerikanischen Schuhmacherverbandes* referierte über die *Bestrebungen* zur *Ausschließung* *fremder Arbeitssagitatoren* aus *Kanada*, die am *meisten* vom *kanadischen Industriellenverband* gefördert werden, um die *Ausbreitung* der *Gewerkschaften* zu erschweren. Die *Unternehmer* sagen, daß die *fremden Agitatoren* *Streiks* heraufbeschwören, was ganz falsch ist, denn die *kanadischen Gewerkschaften* sind »Herren in ihrem Hause«. Er forderte die *Delegierten* auf, stets für die *Zentralverbände* einzutreten, die ihre *Wirksamkeit* auf den *ganzen Kontinent* erstrecken. Ferner wurde *Bericht* erstattet über eine *zweite Mission* nach *Großbritannien*, die — wie die erste — den *Zweck* hatte, die *dortigen Arbeiter* über die *Zustände* in *Kanada* aufzuklären, sie von *unüberlegter Auswanderung* abzuhalten und den *Machenschaften* der *Auswanderungsagenten* und *Transportunternehmungen* zu begegne n. Besonde

die bekannte Heilsarmee betätigt sich rege mit dem Auswanderungsgeschäft und schützt dabei Wohlthun vor. Der Kongreß beschloß eine Fülle von Anträgen. Ein Beschluß sprach sich gegen den Krieg und für den internationalen Frieden aus. Ein anderer forderte die Herabsetzung der Maximalarbeitsdauer für Frauen und Kinder, die jetzt 60 Stunden wöchentlich beträgt. Außerdem wurde ein Verbot der Verhängung von Geldstrafen über die Arbeiter durch die Unternehmer gefordert. In allen Städten mit mindestens 75000 Einwohnern sollen öffentliche Arbeitsnachweise errichtet werden. Den Gewerkschaftskartellen wurde empfohlen, bei politischen Wahlen neutral zu bleiben, wenn keine Arbeiterkandidaten beteiligt sind. Der nächste Kongreß soll in Fort William in der Provinz Ontario stattfinden.

Der 29. Jahreskongreß der amerikanischen Gewerkschaften tagte in der ersten Hälfte des November in Toronto (Kanada). Anwesend waren über 500 Delegierte. Aus dem Bericht des Vorsitzenden des amerikanischen Gewerkschaftsbundes (Federation of Labor) Samuel Gompers ist hervorzuheben, daß es den Gewerkschaften Nordamerikas trotz der ungünstigsten Verhältnisse gelungen ist, die allseitig drohenden Lohnherabsetzungen zu verhindern. Die Mitgliederzahl hat um etwa 100000 abgenommen, und zwar von 1689200 im Jahre 1908 auf 1506400 im laufenden Jahr. Die Gesamtkosten der Streiks, an denen 98 der angeschlossenen Gewerkschaften in 693 Fällen beteiligt waren, beliefen sich in diesem einen Jahr auf 8686760 Mk. Für sonstige Unterstützungen, Sterbegeld, Krankengeld, Reise- und Arbeitslosenunterstützung, wurden insgesamt 10517607 Mk. ausgezahlt. Für die Durchführung des Rechtsstreits in dem bekannten Boykottprozesse, der zur Verurteilung von Gompers, Mitchell und Morrison zu Gefängnisstrafen bis zu einem Jahre führte, wurde ein freiwilliger Fonds angelegt, der bisher eine Einnahme von 186051 Mk. und eine Ausgabe von 26349 Mk. hatte. In der gleichen Sache hat der Kongreß in der Annahme, daß die eingelegte Revision gegen das unerhörte Urteil doch keine Aussicht auf Erfolg hat und die drei verurteilten Führer die ihnen zudiktirten Gefängnisstrafen doch werden absitzen müssen, einstimmig beschlossen, Gompers, Mitchell und Morrison durch weitgehendste materielle Entschädigung für die ganze Dauer ihrer Strafe schadlos zu halten, indem für ein Jahr Gefängnis neben der vollen Gehaltszahlung noch 20000 Mk. als »Schmerzengeld« bewilligt wurden. Den letzteren Betrag würde also Gompers für seine einjährige Gefängnisstrafe erhalten, während Mitchell für seine Strafe mit 15000 und Morrison mit 12000 Mk. in Betracht kämen. Von der Gewerkschaftszentrale selbst wurden 34 Distriktsleiter ganz oder teilweise besoldet. Die Gesamtkosten hierfür beliefen sich auf etwa 200000 Mk. Der Zentrale direkt angeschlossenen sind jetzt 119 Landesverbände (International Unions), 39 Staatsverbände, 595 Gewerkschaftskartelle und 4 besondere Gruppen (Baugewerbe, Metallgewerbe, Eisenbahner und die Gruppe der Gewerkschaftsmarke), gegen 67 Landesverbände, 10 Staatsverbände und 82 Kartelle vor 12 Jahren. Die Forderung des Achtstundentages wurde besonders mit den Ergebnissen einer amtlichen statistischen Untersuchung über den Aufschwung der Produktion und der Arbeitslöhne begründet. Bemerkenswert ist, daß in denjenigen Gewerben, in denen der Achtstundentag durchgeführt wurde, wie im Baugewerbe, die Löhne seitdem um 25—100 Proz. gestiegen sind. Entsprechend der Forderung der Gewerkschaften werden in die künftigen Volks- und Berufszählungen auch die Zahl der Arbeitslosen sowie Dauer und Ursache der Arbeitslosigkeit aufgenommen werden. Unter »Praktische politische Betätigung der Arbeiterschaft« wurde den Gewerkschaften der Rat erteilt, für die politische Schulung ihrer Mitglieder derart zu sorgen, damit sie ihr Wahlrecht zu den verschiedensten Körperschaften im Interesse der Arbeiterklasse ausüben können. Allerdings sollen sich die Gewerkschaften nicht in den Dienst einer politischen Gruppe stellen, sondern von Fall zu Fall den Kandidaten unterstützen, der ihre Forderungen anerkennt und vertritt. Dadurch werde es möglich sein, auf alle Parteien einen größeren Einfluß auszuüben. Ueber die internationale Gewerkschaftskonferenz in Paris sagte Gompers: »Es muß zugegeben werden, daß die Konferenzen des Internationalen Sekretariats bisher wenig praktischen Aufgaben dienten, abgesehen von der Förderung des Friedens, Austausch von Freundschaftsbeziehungen und Veröffentlichung von Statistiken. Die Vertretung daseibst ist nicht rein gewerkschaftlich. Die Delegierten aus Oesterreich und Holland beschränkten ihre vielen Reden auf sozialistische Propaganda und die Verurteilung des reinen Gewerkschaftswesens. Im allgemeinen hat die Konferenz das Feld für die Möglichkeit einer internationalen beratenden Körperschaft geklärt, die demokratisch zusammengesetzt, der Arbeiterbewegung jeden Landes ihre Unabhängigkeit sichert und nicht-gewerkschaftliche Fragen von ihren Beratungen ausschließt. Ich bin vollkommen überzeugt, daß, obwohl das Internationale Sekretariat noch vieles zu wünschen übrig läßt, die vitalsten Interessen der Arbeiter Amerikas durch den Anschluß an dasselbe gefördert werden, und deshalb zögere ich auch nicht, diesen Anschluß zu empfehlen. Die Unkosten würden gering sein, ebenfalls die materiellen Vor-

teile, jedoch würde der Geist internationaler Brüderlichkeit in unermeßlicher Weise gefördert werden. Auch bin ich überzeugt, daß unser Anschluß an das Internationale Sekretariat die Gründung einer Internationalen Federation der Arbeit beschleunigen würde.« Diesem Antrage wurde durch den Kongreß sodann auch einstimmig Folge geleistet und der Anschluß an die gewerkschaftlichen Landeszentralen zum Beschluß erhoben. Damit ist die internationale Vereinigung der freien Gewerkschaften die größte Koalition der ganzen Welt geworden; sie zählt 5563000 Mitglieder in 17 Ländern.

Der 5. schwedische Gewerkschaftskongreß tagte vom 22.—30. November in Stockholm. Anwesend waren mehr als 500 Delegierte, die 154000 Mitglieder vertraten, Delegationen der Landesorganisation nicht angehörenden Verbände der Buchdrucker und Eisenbahner und Vertreter der Gewerkschaften Deutschlands (Legien), Dänemarks, Norwegens und Finnlands. Der Kongreß wurde selbstverständlich beherrscht von der Debatte über den vor kurzem abgeschlossenen Riesenkampf, den die schwedischen Arbeiter zu führen gezwungen waren, gegen die nachgerade unerträglich gewordene Despotie der Unternehmer. Mehr als 100 Redner äußerten sich über diesen Gegenstand der Tagesordnung, und die Debatte über den Kampf dauerte volle drei Tage. Sie endete mit einem Vertrauensvotum für das Landessekretariat, in dem der Kongreß diesem seine volle Zustimmung ausdrückte für die gewaltige und zielbewußte Arbeit während des Kampfes. Aus der Rechnungsablage ging hervor, daß in der Streikzeit beim Landessekretariat 3244 192 Kronen eingingen. Die freiwilligen Sammlungen betragen bis zum 1. Oktober 2273346 Kronen, wovon fast die Hälfte, nämlich 1030286 Kronen aus Deutschland kamen. Zur Zeit sind immer noch ca. 15000 Arbeiter noch nicht wieder eingestellt, die aus den von den eingegangenen Geldern übrig gebliebenen Mitteln unterstützt werden. Ueber die zukünftige Organisationsform referierte der Vorsitzende des Landessekretariats Genosse Lindquist, der für eine starke Zentralisation und Bildung einer starken Kriegskasse eintrat. Er legte dem Kongreß entsprechende Anträge vor. Dieser wählte eine Kommission, die mit dem Landessekretariat zusammen die Ausarbeitung der Statuten vornehmen soll. Nähere Direktiven gab der Kongreß nicht, doch bestand allgemein der Wunsch, daß die Landesorganisation nicht nur eine Verteidigungs-, sondern auch eine Angriffsorganisation sein soll. Durch diese Beschlußfassung zeigte der Kongreß im großen und ganzen sein Einverständnis mit den Vorschlägen des Landessekretariats, und die Gewerkschaftsbewegung in Schweden wird infolgedessen in Zukunft eine bedeutend schärfere Zentralisation als bisher erfahren. Das ist auch ein Erfolg des verlossenen Riesenkampfes, der nicht hoch genug anzuschlagen ist, um so mehr, wenn man weiß, daß die Anhänger der Dezentralisation in Schweden noch vor dem Kampf ziemlich zahlreich waren. Allerdings wird sich der nächste Kongreß noch einmal mit dieser Frage zu beschäftigen haben, aber die Einstimmigkeit, die in der Frage der schärferen Zentralisation auf diesem Kongreß herrschte, ist eine Garantie dafür, daß sie durchgeführt wird. Der Streikfonds soll von 150000 auf 1 Million Kronen erhöht werden. — Wie elend sind doch die Hoffnungen der Unternehmer zu schanden geworden, die vor fünf Monaten den Riesenkampf provozierten, um die Arbeiterorganisationen zu vernichten, und nun sehen müssen, wie kraftvoll und festgefügt sie nach dem schweren Kampfe dastehen! — Weiter wurde beschlossen, das Landessekretariat möge die Frage der Herausgabe eines Wochenblattes, ähnlich dem der deutschen Generalkommission, ventilieren. Zeit des Erscheinens und Umfang des Blattes bleibt dem Sekretariat überlassen. Einige das Ausland weniger interessierende Punkte bildeten den Abschluß des vorzüglich verlaufenen Kongresses, der in der ganzen Woche die ungeheure Kraft des schwedischen Proletariats widerspiegelte, und hoffentlich viel dazu beiträgt, daß die in dem letzten Kampfe erlittenen Wunden bald vernarben.

Soziale Monatsschau.

Des Reichstags erste sozialpolitische Taten. Hinterbliebenen-Fürsorge. Zentralscherelei. Der Mansfelder Kampf um Freiheit und Recht. Der Zechenarbeitsnachweis im Ruhrrevier. Ersparrnisse bei Erfüllung sozialpolitischer Aufgaben.

Eine der ersten »sozialpolitischen Taten«, die der wieder zusammengetretene Reichstag ausführt, war die Beratung eines Notgesetzes, wonach die vielbesprochene Witwen- und Waisenversicherung zunächst für ein Jahr hinausgeschoben wurde. Es ist also so gekommen, wie wir es in der »Gr. Pr.« schon lange vorausgesagt haben! Es fehlt an der Zeit, um die Materie durchzubearbeiten, es fehlt aber vor allen Dingen an dem Gelde, das zur Durchführung der Versicherung nötig ist.

Man hofft in den regierenden Kreisen, daß bis zum 1. Januar 1911 die Hinterbliebenen-Versicherung mit der gesamten Reichs-Versicherungsordnung in Kraft treten könne. An dem guten Willen der Reichsregierung wollen wir nicht zweifeln, wir bezweifeln aber die Möglichkeit der Erledigung der umfangreichen Vorlage bis zum Ende nächsten Jahres. Es müßte denn sein, daß die in Arbeit befindliche Umarbeitung der Vorlage den Wünschen

und Forderungen der Industriellen und Agrarier derart entgegenkäme, daß sie die gesamte Vorlage ohne langes Besinnen schlucken. Das würde allerdings eine weitere erhebliche Verschlechterung der ganzen Vorlage zur Voraussetzung haben. Wenn aber nicht alle Anzeichen trügen, dann wird an solchen weiteren Verschlechterungen ein gerüttelt Maß voll geboten werden. Daß man den Wünschen und berechtigten Forderungen der Versicherten entgegenkommt, kann man ja von unserer Regierung kaum erwarten.

Es ist ein frevelhaft Spiel, das man mit der Hinterbliebenenversicherung gespielt hat. Und das christliche Zentrum ist daran als Hauptakteur beteiligt. Als das Zentrum im Jahre 1902 dem Wuchertarif seine Zustimmung gab, machte es diese bekanntlich davon abhängig, daß die Mehrerträge aus den Agrarzölle für eine zu schaffende Witwen- und Waisenversicherung verwendet werden sollten. Dies war aber nur ein faules Manöver, um den christlichen Arbeitern Sand in die Augen zu streuen. Die unheimliche Verteuerung der notwendigsten Lebensmittel, als Folge des Wuchertarifes, sollte den christlichen Arbeitern schmackhaft gemacht werden durch den Hinweis, daß damit ja die Fürsorge für Witwen und Waisen ermöglicht würde. Die Zentrumshelden wußten ganz genau, daß dieses Versprechen nur ein fauler Zauber war; sie haben aber ein Weiteres getan, um die Durchführung des Versprechens nach Möglichkeit zu erschweren. Das Zentrum selbst hat seine eigenen Anträge verschlechtert helfen, denn mit seiner Zustimmung wurden die Zollmehrerträge für Gerste, Hafer, Butter, Eier und Käse wieder aus dem Verwendungszweck herausgestrichen, der größte Teil der Mehrerträge aus Roggen-, Weizen-, Vieh- und Fleischzölle wurde aber dem Fiskus überwiesen. Das christliche Zentrum hat also alles getan, um dafür zu sorgen, daß ja nicht genügend Mittel für die Hinterbliebenen-Versicherung aufkommen sollten. Der Zentrumsheld Trimborn hatte zwar damals berechnet, daß aus den verbliebenen Mehrzollerträgen immerhin eine Summe von rund 487 Millionen Mark bis zum Jahre 1910 als Grundstock der Hinterbliebenen-Versicherung erzielt werden müßte. Was ist nun aber in Wirklichkeit erreicht worden? Statt der 487 Millionen die lächerlich geringfügige Summe von etwa 42½ Millionen Mark! Das sind der ganze Reichtum, der von 1902 bis 1909 für die Hinterbliebenen-Versicherung verfügbar wurde. Diese Summen sind aber viel zu gering, um eine Hinterbliebenen-Versicherung finanziell fundieren zu können. Das Zentrum wußte ganz genau, daß die Mittel nicht aufkommen würden; es hatte aber seinen Zweck erreicht, der darin bestand: die Massen zu täuschen über seine »elende Politik, die die unheimliche Verteuerung aller Lebensmittel zur Folge haben müßte. Nun schiebt man den Zeitpunkt des Inkrafttretens der Versicherung einfach zunächst auf ein Jahr hinaus, dann aber holt man durch Erhöhung der Versicherungsbeiträge die Mittel heraus, um eine ganz untaugliche Versicherung zu ermöglichen, die bekanntlich nur für die »invaliden« Witwen ein paar Groschen übrig haben soll.

Pfui über solche Heuchelei, pfui über solche Gesellschaft, die sich gar noch mit christlicher Nächstenliebe brüsten will! Mag das Zentrum nur so weiter fahren, um so schneller wird dann die Zeit kommen, wo sein fester Turm zusammenbrechen wird, zusammenbrechen muß, weil die in ihm gehaltenen Massen sich aus dem Dunkel heraus nach der hellen Freiheit sehnen und diese mit Macht zu erringen wissen werden.

Die Vorgänge im Mansfelder Bergwerksgebiete haben ja so recht deutlich gezeigt, wie sich eine jahrzehntelange in Abhängigkeit und Unterdrückung gehaltene Masse plötzlich ihrer Kraft bewußt wird und trotz aller Reichstreue einen mächtigen und mutigen Kampf um ihr Organisationsrecht durchführt. Der soziale Staat hilft dann durch Entsendung von Soldaten mit Maschinengewehren den Bergleuten das Bewußtsein beibringen, daß alle Reichstreue nur im Schutze der Mächtigen und Besitzenden besteht, für die Arbeiter aber die Macht des Staates nur vorhanden ist, um sie von der Erringung ihrer staatsbürgerlichen Rechte abzuhalten. Und trotz der scheinbaren Niederlage der Bergarbeiter welches Resultat! Der Verband, der nie und nimmer im Mansfelder Revier nach Meinung des Vogel-sängers heimisch werden sollte, ist da, er wird auch nicht mehr aus dem Revier verschwinden. Zur Arbeit gingen die Bergleute wieder, ohne einen direkten Erfolg in der Anerkennung der Organisation erzielt zu haben, aber treu blieben sie der Organisation und in jeder Woche, nach Beendigung des Streiks, traten Hunderte von Bergleuten noch dem Verbands bei. Aus eigener Erfahrung kann ich dieses bestätigen. Die Ketten der Sklaverei sind ein für allemal zerrissen, die Bergleute sind jetzt Kämpfer um ihre Rechte geworden und im Sande liegt das stolze reichstreue Gebäude.

Die Bergleute des Ruhrreviers knirschen unter dem ihnen aufgezwungenen Arbeitsnachweis der Zechengewaltigen, der ein Maßregelungsbureau großen Stils zu werden verspricht. Denn das beabsichtigen die Kohlenmagnaten doch einzig und allein. Der Herr Minister für Sozialpolitik hat dort genau so wenig Zeit zum Eingreifen, wie er sie für Mansfeld hatte. Wie dürfte sich ein solcher Herr auch dem Willen der Scharfmacher entgegenstellen, werden doch in Staatsbetrieben — vergl. die Besprechung der Kieler Wertgeschichte im

Reichstage — ähnliche Verfahren beliebt und Hetz-
netz geduldet. Es kommt auch noch die Zeit, wo
die Bergleute im Ruhrrevier die neuen Ketten wieder
abschütteln werden und es kommt ebenso sicher
noch die Stunde, wo der Staatsminister gezwungen
maßen die Organisation der Arbeiter anerkennen
wird. Dann wird auch die Zeit vernünftiger Sozial-
politik beginnen.

Sparsamkeit ist bekanntlich der neue Grundsatz
unserer Reichsregierung. Gespart aber darf bei
Leibe nicht werden an den Ausgaben für unkulturelle
Zwecke, wie z. B. für den Militarismus und Marinismus.
Dagegen zeigt der Etat eine Sparsamkeit für soziale
Zwecke, die so recht den Geist unserer heutigen
Sozialpolitik beleuchtet. So werden z. B. für die
ständige Ausstellung für Arbeiterwohlfahrt nur
40000 Mark in den Etat eingestellt, während im
Vorjahre 46077 und im Jahre 1907 55345 Mark zur
Verausgabung gelangten. Gestiegen ist dagegen
die Ausgabe des Reichs an Zuschuß für Invaliden-
renten um 1.13 Millionen Mark. Diese Erhöhung
ist naturgemäß durch die Vermehrung der Renten-
empfänger entstanden. Wie an diesen Ausgaben
gespart werden soll, das beweisen die wiederholten
und oft rücksichtslos durchgeführten Rentenrevisionen
bzw. Entziehungen. Die Kosten für das Reichs-
Versicherungsamt haben sich ebenfalls vermehrt,
mußten doch eine Anzahl neuer Richterstellen ge-
schaffen werden. Die Berufsgenossenschaften be-
nützen die neuerlich für die Versicherten immer
ungünstiger werdende Rechtsprechung des R.-V.-A.,
um in sehr zahlreichen Fällen die Entscheide der
Schiedsgerichte anzufechten. Daraus erklärt sich
die Zunahme der Beschäftigung im R.-V.-A. An
weiteren Ersparnissen für sozialpolitische Aufgaben
sind noch folgende erwähnt: Zur Förderung der
Bekämpfung des Typhus werden 175000 Mark aus-
gegeben, 25000 Mark weniger wie im Vorjahre;
zur Förderung und Erforschung der Tuberkulose
wurden angesetzt 100000 Mk., 20000 Mk. weniger
wie im Vorjahre. An solch wichtigen und im In-
teresse des ganzen Volkes liegenden Ausgaben zu
sparen, ist geradezu frevelhaft! Die paar Tausend
Marken, die zur Beihilfe für Rechtsauskunfts-
stellen usw. neu eingestellt wurden, spielen eine
solch minimale Rolle gegenüber den Gesamtaus-
gaben des Reiches, daß darüber zu reden nicht der
Mühe wert ist.

Gegenüber solch unerfreulichen Erscheinungen
bleibt für die Arbeiterschaft der Trost, daß trotz
allem bessere Zeiten kommen müssen. Die rote
Flut hat in letzter Zeit ja gewaltige Fortschritte ge-
macht. Sorgen wir dafür, daß sie sich mehr und
mehr ausdehnt, denn nur durch eigene Kraft wird
die Arbeiterschaft ihre Ziele erreichen. K. M.

Bürgerliche und proletarische Alkoholfrage.

Die bürgerliche Alkoholfrage ist eine Säuferfrage.
Es ist die Frage des Einzelnen, der seinen Alkohol-
verbrauch soweit gesteigert hat, daß dadurch seine
Gesundheit geschädigt wird. Die Trunksucht, die
Krankheiten erzeugt, wird selbst zur Krankheit.
Darum ist es auch so schwer, mit ihr fertig zu
werden.

Diese Säuferfrage besteht auch für die Arbeiter,
nur daß hier zu der Krankheit sich auch noch das
Elend gesellt. Der Kapitalist kann ein Vermögen
für Alkoholgetränke ausgeben, ohne deshalb ärmer
zu werden, denn seinen Reichtum schaffen ihm andere,
er braucht dazu keine körperlichen Kräfte und kann
auch den Geist entbehren. Das Leben in guten
Verhältnissen, die Auswahl feinerer Getränke, die
ärztliche Pflege, das alles mildert für ihn auch die
gesundheitlichen Folgen der Trunksucht. Der Arbeiter
aber, der säuft, macht sich selber das Leben zur
Qual und das Leben seiner Familie zur Hölle; er
bringt sich und die seiniguen um die Mittel des
Lebens, er ruiniert seine Arbeitskraft, so daß sein Lohn
immer tiefer sinkt; er wird arbeitsunfähig, verliert
jeden sozialen Halt, wird zum Bettler und Lumpen
und bereitet seinen Kindern ein schlimmeres Los,
als wenn sie verwaist wären; er erzeugt derartiges
Unheil, daß er im Bewußtsein dessen, was er getan,
wahninnig werden müßte, wenn ihm nicht der
Wahnsinn, den der Alkohol schafft, das Bewußtsein
geträbt hätte!

Das wissen wir und wir verdammen es; aber
wenn man zu uns mit der Behauptung kommt, die
Trunksucht sei die Quelle des Arbeiterelends, so
weisen wir das als heuchlerische Verleumdung
zurück. Wohl gibt es Trunkenbolde auch unter den
Arbeitern, aber die Arbeiter sind es nicht, die die
Süßensanatorien tullen. Miserabel ist auch die Lage
der Arbeiter, die keine Säufers sind und oft genug
ist das verzweifelte Elend erst die Quelle der Trunk-
sucht. Wir wollen dem Uebel steuern, daß der
Einzelne durch Trunksucht sein Arbeiterlos zu einem
Jammerdasein voll Scheußlichkeiten gestaltet, aber
wir werden uns deshalb von dem Kampf gegen die
kapitalistische Ausbeutung nicht ablenken lassen,
die das allgemeine Elend der Arbeitermassen bedingt.
Aus diesem großen Kampf ergibt sich aber gerade
die Alkoholfrage in ihrer neuen Gestalt als *proletarische
Klassenfrage*. Die proletarische Alkoholfrage ist
nicht eine Frage des Einzelnen, sondern der Massen.
Sie ist eine *Kulturfrage*. Es ist die Frage, ob die
Arbeitermassen ihre geringen Mittel verschwenden,
ihre geringe Muße vergeuden sollen, oder ob sie

heides verwenden sollen, um ihren Geist aufzuklären,
die neue Generation zu unterrichten, die Organi-
sationen zu fördern.

Soll der Arbeiter, der alle Feiertage einmal frei
ist, aus seiner Freiheit keinen besseren Gebrauch
machen wollen, als sich den Geist durch Alkohol-
dünste betäuben zu lassen? Dem Sklavendasein
entspricht der Sklavengenuß. Der Helote, der dem
Joch entronnen ist, frifft sich voll, besäuft sich, wenn
er kann. Das Proletariat ist aber eine aufstrebende
Klasse. Das Proletariat arbeitet an seiner Zukunft,
darum muß jeder in seiner Mitte an sich selbst
bildend wirken. Der Arbeiter muß sich geistig von
der Knechtschaft frei machen, wenn er sie materiell
überwinden will. Er muß einen Genuß erstreben,
der ihn seelisch emporhebt, nicht herabwürdigt, wie
der Alkohol; er muß die Gelegenheit ergreifen, um
die Welt kennen zu lernen, die er erobern will, es
gezielt ihm nicht, sein Geld und seinen Geist im
dumpf-n Bierdusel des Wirtshauses zu verdrödeln.

Die Herrschenden haben stets den Alkohol ge-
braucht, um die Bestie in den Massen zu erwecken.
Während der Revolution werden die Soldaten besoffen
gemacht, um sie zum Brudermord gefügig zu machen.
Der Alkohol dient dazu, in ihnen das Menschlichkeits-
gefühl abzutöten. Der Alkohol hat den Freiheits-
kämpfern viele blutige Wunden geschlagen. Er
macht den Arbeiter zum Verräter an sich und seiner
Klasse. Dagegen propagierten die Massen in der
Revolution stets Enthaltensamkeit vom Alkohol.

Die Bourgeoisie schimpft über den besoffenen
Pöbel, aber so, nicht anders möchte sie die Arbeiter
haben. Blieben die Arbeiter unwissend, roh und
stumpfsinnig, dann hätten die bürgerlichen Politiker
ein heiteres Leben. Doch die Arbeiter wollen hell-
sehend sein und ihre Interessen wahrnehmen.
Darum müssen sie dem Alkoholgenuß entsagen,
der den Geist trübt.

Sie müssen ihm schließlich entsagen, weil sie
ihre Geld für andere Zwecke brauchen. Sie brauchen
es für ihre Organisationen — die Gewerkschaften
und die Sozialdemokratie. Wie schwer entschließt
sich der Arbeiter noch immer, seinen Beitrag an
die Organisation abzuführen, — wie leicht dagegen
findet er sich bereit, einen viel höheren Betrag für
Alkohol auszugeben. Gewiß, jeder Pfennig des
Arbeiters ist Entbehrung; aber der Alkoholgenuß
ist ihm kein Gewinn, er ist Verlust, Zehnung an
Leib und Seele. Wenn die Arbeiterorganisationen
über die Summen verfügen könnten, welche die
Arbeiter im Alkohol vergeuden, würden sie eine
gewaltige Macht darstellen. Sie besitzen diese
Summen nicht — noch mehr, das Geld fließt zu
einem großen Teil dem Staat zu.

Jeder Alkoholgenuß ist eine Steuerzahlung. Statt
ihre eigenen Organisationen zu fördern, unterstützen
die Arbeiter durch ihren Alkoholverbruch den
Staat, der sie unterdrückt und der Kapitalistenklasse
dient. Sie führen einen Kampf gegen den Militarismus
und den Marinismus und ernähren ihn doch
selbst durch ihren Alkoholgenuß. Niemand zwingt
sie dazu, kein Gebot und keine Not, aber sie tun
es dennoch, schmieden ihre eigenen Fesseln, binden
sich den Geist und binden sich die Hände, liefern
sich ihren Klassengegnern aus durch den Alkohol-
genuß!

Darum, nicht nur im Interesse des leiblichen
Wohles des Einzelnen, sondern vor allem im Interesse
der kämpfenden Klasse fordern wir Einschränkung
des Alkoholgenusses. Das ist der Sinn der auf
dem Leipziger Parteitag gefaßten Resolution.

Wir wenden uns nicht blos an die übermäßigen
Trinker. Wir fordern die *Enthaltensamkeit der Enthaltensamen!* Das ist ein viel größeres Ziel und
zugleich leichter zu erreichen, denn bei diesen vielen,
bei der Masse ist der Alkoholgenuß noch nicht zur
Krankheit geworden. Der Alkohol ist kein Nahrungs-
mittel, der Alkoholgenuß ist nur eine schlimme
Gewohnheit, der man entsagen kann, wenn man
zur Einsicht von ihrer Verderblichkeit gelangt ist.
Wie der Arbeiter in der Stadt eine höhere Lebens-
art, Kulturgewohnheiten lernt, so muß er in der
Gewerkschaft und in der Sozialdemokratie lernen,
dem Alkoholgenuß zu entsagen, um nicht nur als
sauber gekleideter, sondern als denkender Mensch,
der seines Lebensziels und seiner Klassenaufgaben
sich bewußt ist, dazustehen. Das ist leichter, als
jene Entbehrungen, die er sich auferlegt, um ein
Sonntagskleid oder ein Möbelstück anzuschaffen.
Noch leichter ist es, die heranwachsende Jugend
vom Alkohol zurückzuhalten. Es ist ja blos das
Beispiel der Erwachsenen, es ist der *Bier- und
Schnapskultus*, der sie dazu anreizt. Eine Ände-
rung der Auffassung in den Arbeiterkreisen, die
Erkenntnis der Verderblichkeit des Alkohols, die
allgemeine Verbreitung des Enthaltensamkeitsgedankens
kann bei der Jugend Wunder bewirken.

Schließlich, wenn die Gewerkschaft und die Sozial-
demokratie an die Stelle des Wirtshauses treten,
dann wird auch die Frau des Arbeiters viel leichter
für die Gewerkschaft und für die Sozialdemokratie
zu gewinnen sein.

Dies ist die *proletarische Alkoholfrage*.

Parvus.



Allgemeines.

Teil für die
gemeinsamen Interessen aller Sparten des Berufs.

Das graphische Gewerbe in Amerika.

VIII.

Wenn die außergewöhnlichen Verhältnisse
auch erklärlich machen, daß die amerikanischen
Arbeiter mit einer Gesetzgebung liebäugeln,
die die Einwanderung erschwert, so erscheint
doch unbegreiflich, wie sich die Gewerkschaften
zu den im Lande befindlichen Fremden ver-
halten.

Das, was wir von unseren Berufskollegen
im besonderen sagen mußten, gilt für eine
große Zahl der amerikanischen Verbände: Sie
machen den Eintritt in ihre Organisationen so
schwer als möglich.

Es sind zunächst die hohen Eintrittsgelder,
die dabei in Betracht kommen. In der No. 38
des „Correspondenzblattes“ der Generalkom-
mission wird eine Zusammenstellung der Ein-
trittsgelder gegeben, die die Gewerkschaften
im Staate New York erheben. Die Uebersicht
ist sehr lehrreich und sie mag deshalb auch
hier abgedruckt werden, weil daraus hervor-
geht, daß unsere Kollegen nicht etwa eine
Sonderstellung einnehmen, sondern daß sie
sich ganz im Einklang mit den übrigen Ge-
werkschaften befinden.

Im März des Jahres 1907 betrug die Bei-
trittsgebühr:

Weniger als 1 Dollar bei	81 Ortsvereinen	(3,4%)
1 bis 1,99 Dollars bei	247 "	(10,5 „)
2 " 4,99 " "	456 "	(19,4 „)
5 " 9,99 " "	631 "	(26,8 „)
10 " 14,99 " "	389 "	(16,5 „)
15 " 19,99 " "	115 "	(4,9 „)
20 " 24,99 " "	107 "	(4,6 „)
25 " 29,99 " "	240 "	(10,2 „)
30 " 39,99 " "	22 "	(0,9 „)
40 " 49,99 " "	12 "	(0,5 „)
50 " 200,— " "	53 "	(2,3 „)

Wenn nur eine Zusammenstellung gegeben
wird, die sich auf den Staat New York er-
streckt, so liegt das daran, daß die Verbände
ihren Zahlstellen in der Regel die Feststellung
des Eintrittsgeldes überlassen. Sie setzen im
Statut eine Mindest- und eine Höchstgrenze
fest, die eigentliche Normierung liegt in den
Händen der „Lokals“, der Orts-Mitgliedschaften.
Das erschwert natürlich einen Ueberblick ganz
ungemein. Dazu kommt noch, daß vielfach
auch verlangt wird, daß ein Verbandsmitglied,
das in einem Ort eintrat, wo die Einschreibe-
gebühren niedrig sind, die Differenz nachzahlen
muß, wenn es später in einem Ort mit höheren
Sätzen arbeitet.

Merkwürdigerweise stehen den hohen Ein-
trittsgeldern verhältnismäßig niedrige Beiträge
gegenüber. Nach dem „Correspondenzblatt“
werden im Staate New York pro Monat er-
hoben:

von Mitgliedern	überhaupt	im Verhältnis
weniger als 20 Cents	14100	3,5 Proz.
20—39 Cents	50347	12,5 „
40—64 " "	173657	43,1 „
65—89 " "	84865	21,1 „
90 Cents bis 1,14 Dollars	41750	10,4 „
1,15—1,39 Dollars	26386	6,5 „
1,40—1,64 " "	2472	0,6 „
1,65 Dollars und darüber	9455	2,3 „

Der Unterschied gegenüber der Praxis der
deutschen Gewerkschaften ist augenfällig. Wir
erleichtern den Außenstehenden den Eintritt
durch möglichst niedrige Gebühren, erheben
aber höhere regelmäßige Beiträge und machen
dadurch unsere Verbände zu großen kampfer-
bereiteten Gebilden mit ausgebauten Unterstützungs-
einrichtungen.

Einen anderen Grund als den, daß es
schon immer so war, haben wir drüben eigent-
lich nicht gehört. Es wird zwar auch auf das
verhältnismäßig hohe Sterbegeld verwiesen,
auch darauf, daß durch das hohe Eintrittsgeld
die Mitgliederfluktuation verhältet werden soll,
aber dem kann entgegengehalten werden, daß
entsprechend dem Alter auch das Eintrittsgeld
verschieden ist und daß auch das Sterbegeld

sich nach der Dauer der Mitgliedschaft richtet. Der Mitgliederfluktuation wird außerdem vielfach dadurch entgegen gewirkt, daß ausgetretene Mitglieder die Beiträge nachzahlen müssen, die sie während der Unterbrechung der Mitgliedschaft »gespart« haben, sie müssen auch vielfach noch eine besondere Strafe bezahlen. Teilweise ist auch für Wiedereintretende das Eintrittsgeld höher.

Aber selbst wenn das hohe Sterbegeld bei der Normierung der Eintrittsgelder eine Rolle spielte, warum wird dann der Ausländer anders behandelt? Warum werden dann von ihm, wie es vielfach der Fall ist, höhere Sätze gefordert? Das ist der Mangel der obigen Aufstellung, daß sie nicht erkennen läßt, wieviel der Einwanderer, der der Gewerkschaft beitreten will, zu bezahlen hat. Daß sehr wesentliche Unterschiede dabei zu beobachten sind, zeigt ja gerade die Steindruckergewerkschaft, die von dem Fremden als Mindestsatz verlangt, was bei den Amerikanern der Höchstsatz ist. Um den Zuzug europäischer Berufskollegen fernzuhalten, haben seinerzeit die Handschuhmacher das Eintrittsgeld auf 100 Dollar erhöht. In einem besonders aufsehenerregenden Falle wurden einem Glasbläser 500 Dollar abverlangt, 100 Dollar sollten sofort, der Rest in 50 Proz. Lohn-Raten gezahlt werden. Es ist eben doch so, wie es in dem früher schon erwähnten »Ratgeber für Auswanderer«*) heißt, daß die Gewerkschaften, »die noch im konservativen Fahrwasser segeln, ihre Organisationen durch zum Teil recht hohe Aufnahmegebühren wie mit einer chinesischen Mauer umgeben.« Es ist der englische Einfluß, der recht sehr nachwirkt, der sich auch im Verhalten gegenüber den ungelerten Arbeitern bemerkbar macht. Nur sind dabei die Amerikaner noch konservativer als ihr Vorbild.

Dabei machen viele Gewerkschaften auch keinen Unterschied zwischen dem Einwanderer, der in seiner alten Heimat schon organisiert war, und dem Unorganisierten. Hier greift allerdings ein Wandel zum besseren Platz. In einer von der »New Yorker Volkszeitung« veröffentlichten Zusammenstellung werden schon eine ganze Anzahl von Gewerkschaften genannt, die Mitgliedskarten vom Ausland anerkennen und die Zureisenden ohne Eintrittsgeld aufnehmen oder sonst die Eintritts-Bedingungen erleichtern. Ohne Eintrittsgeld werden zureisende Organisierte aufgenommen von den *Maschinisten, Bauschreibern, Pianomachern, Brauern, Bäckern, Fleischern, der Internationalen Typographen-Union, den Stereotypen, den Druckern (Preßmens und Assistenten), Schiffsköchen, Kleiderarbeitern (Garment-Workers) Frauenkleiderarbeitern, Zigarrenmachern, Anstreichern. Die Bau-Eisenarbeiter* setzen für ausländische Organisierte ein niedrigeres Eintrittsgeld fest, die *Polsterer* erleichtern ihnen den Eintritt, indem sie das Eintrittsgeld in Raten erheben, bei den *Formern* machen ausländische Mitgliedsbücher eine Probezeit unnötig.

Da die Zusammenstellung der »New Yorker Volkszeitung« keinen Anspruch auf Vollständigkeit erhebt, dürfte auch noch manch anderer Verband ähnlich verfahren. Aber daneben wird eine weit größere Anzahl von Gewerkschaften angeführt, die eine ausländische Mitgliedschaft nicht im geringsten beachten, die nicht nur hohe oder gar erhöhte Eintrittsgelder von dem zuwandernden Organisierten fordern, sondern ihm auch die sonstigen Erschwerungen, als das sind: Prüfungen, erstes Papier oder gar das Bürgerpapier in den Weg wälzen.

Auch die Annahme, daß das wahrscheinlich nur der Fall sei, wenn der Einwanderer sich Arbeit sucht, ohne sich vorher an die Gewerkschaft zu wenden, trifft wohl nur selten zu, die Beschäftigung gibt vielmehr erst die Möglichkeit, die sehr häufig verlangte Prüfung über die Tüchtigkeit im Berufe, die Vorbedingung der Aufnahme ist, ablegen zu können. Trotzdem empfiehlt sich natürlich unter allen Um-

ständen, daß sich ein Zureisender, ehe er Arbeit sucht, bei seiner Gewerkschaft anmeldet, er wird dann wenigstens erfahren, wie er sich zu verhalten hat.

Inwieweit die Einrichtungen, die geschlossenen Shops usw., die Erschwerung der Mitgliedschaft erklärlich erscheinen lassen, kann dahingestellt bleiben. Jedenfalls muß die Abschlußtaktik am Ende zungunsten der sich abschließenden Gewerkschaften ausschlagen. Dadurch, daß die Organisation einen Fremden ignoriert, hat sie ihn noch nicht aus der Welt geschafft. Die Abschließung muß vielmehr bewirken, daß eine große Anzahl von Arbeitern außerhalb der Verbände bleibt und ihnen sehr gefährlich wird, da diese Arbeiter bei Streiks und Lohnbewegungen sehr leicht geneigt sein dürften, Streikbrecher zu spielen.

Jedenfalls hat die letzte Tagung der Federation of Labor einen großen Schritt nach vorwärts getan, indem sie den Anschluß an das Internationale Sekretariat beschloß. Diese Annäherung an die europäischen Gewerkschaften wird all gemein begrüßt werden. Die Haltung der deutschen Generalkommission anläßlich der Anwesenheit Gompers wird dadurch ohne Zweifel gerechtfertigt. Sicher war es viel leichter, die Amerikaner vor den Kopf zu stoßen, als ihnen die Notwendigkeit des Anschlusses klar zu machen, zumal sie von der Vortrefflichkeit ihrer Einrichtungen sehr überzeugt sind.

Allzu große Hoffnungen dürfen an den Anschluß aber nicht geknüpft werden. Die Konvention der Federation of Labor hat auf die einzelnen Verbände nicht allzuviel Einfluß. Die Organisationen sind völlig autonom, über ihre Einrichtungen bestimmen sie selbst. Aber schon der Umstand, daß die amerikanische Gewerkschaftsbewegung als Gesamtheit der internationalen Gewerkschaftsbewegung angegliedert ist, wird mit der Zeit auch in den einzelnen Verbänden zur Annäherung an die fremden Bruderorganisationen führen.

Leider ist das Verhältnis zwischen den sozialistischen Parteien Nord-Amerikas und der Federation of Labor nicht das beste. Die Differenzen haben sogar schon zur Gründung sozialistischer Gegenorganisationen geführt. Die »Sozialistische Arbeiter-Partei« unterstützt die *Industrial Workers of the World*, die »Sozialistische Partei« vertritt den Standpunkt, daß Spaltung Schwächung sei und sie tritt ein für die *Federation of Labor*.

Die »New Yorker Volkszeitung« ist ein deutsches Organ der Sozialistischen Partei. Es bekämpft natürlich scharf die politische Haltung der Führer der Federation of Labor, es wendet sich entschieden gegen die »chinesische Mauer« und tritt für die Gründung von Industrierverbänden ein. Im übrigen agitiert es für die Federation of Labor, wie es auch gar nicht anders sein kann bei einem Organ, das von einem Komitee herausgegeben wird, welches aus den Delegierten der deutschen Ortsgruppen der Verbände besteht. Daß das Blatt in den erwähnten Punkten die Federation bekämpft, ist selbstverständlich, denn es müßte ein sehr schnurriges Parteiorgan sein, wenn es anders handelte. Aber daß es die »New Yorker Volkszeitung« seinerzeit lieber auf eine Spaltung der Parteien ankommen ließ, als daß es die Gründung der sozialistischen Sondergewerkschaften befürwortete, charakterisiert es doch zur Genüge.

Wir haben deshalb auch Sozialisten getroffen, die erbitterter gegen die Volkszeitung als gegen die Federation of Labor waren. Das deutsche Organ der Sozialistischen Arbeiter-Partei ist das in Cleveland erscheinende Blatt: »*Volksfreund und Arbeiter-Zeitung*«, das natürlich für die Industrial Workers of the World eintritt.

Christentum und Kanonen-königtum.

Eine kleine Weihnachtsbetrachtung.

Der Artikel in No. 49 unserer »Graph. Presse« in der Rubrik *Die photomech. Fächer* über die Firma Friedrich Krupp in Essen a. d. Ruhr wird wohl von den meisten Kollegen mit recht eigen-

tümlichen Gefühlen gelesen worden sein. Zufälligen mir um dieselbe Stunde, als ich die »Annahmebedingungen« der Firma Friedrich Krupp in unserm Gewerkschaftsorgan gelesen hatte, in meiner Programmsammlung beim Ausschuss von Weihnachtsstift ein paar Programmhefte des Krupp'schen Bildungsvereins »zur Weihnachtsfeier« in die Hände. Das eine Programm ist für Erwachsene, das andere für Kinder, beide zum Weihnachtsfeierunterhaltungsabend.

Recht hübsche Gegensätze zeigen sich nun zwischen dem »Christentum« der Annahmebedingungen dieser Weltfirma und dem »Christentum« des Krupp'schen Bildungsvereins. Das Programm der Weihnachtsfeier enthält u. a. folgende Nummern: Orchester a) Halleluja aus »Messias«, b) Tochter Zion, freue dich. — Gemischter Chor: Glaube, Liebe, Hoffnung. — Duett für 2 Soprane: Ich harrete des Herrn. — Lebendes Bild: Die Hirten auf dem Felde. — Gemischter Chor: Ehre sei Gott in der Höhe. — Deklamation: Die Berufung der Hirten. — Gemischter Chor: Hoch tut euch auf, ihre Tore der Welt. — Lebendes Bild: Die heilige Familie im Stalle zu Bethlehem. Und so geht es noch fast ein Dutzend Nummern weiter im Texte: Ehre sei Gott in der Höhe, Friede den Menschen auf Erden, die guten Willens sind! — Das ist der rote Faden, der sich durch das ganze Weihnachtsfeier-Programm des Krupp'schen Bildungsvereins zieht.

Nun die rauhe Wirklichkeit (siehe Annahmebedingungen) auf Seite 426 in No. 49 der Graph. Presse: 1. Der Anzunehmende darf nicht 40 Jahre alt sein. 2. Er muß von dem mit der Untersuchung betrauten Arzte gesund befunden werden (Bruchanlage schließt die Annahme aus). 3. Es sind gute Zeugnisse über Leistung und Verhalten beizubringen. 4. Ausländer gelangen nicht zur Annahme. Und so fort bis auf die Reisekosten, die nicht vergütet werden.

Also nur ganz Wohlgeborene sollen angenommen werden; da es aber, nach Aussage sehr berühmter Aerzte, nur ganz wenige vollständige Gesunde gibt, und jedermann schon irgend einen kleinen oder größeren Erbsündenfehler mit auf die Welt bringt, muß man sich fast wundern, daß die Firma Krupp überhaupt genügend Menschenmaterial zur Bereicherung ihrer Inhaber und Aktionäre gefunden hat.

Dann klingt es ja für die internationale Kanonen-Firma, die ihre Aufträge aus aller Herren Länder annimmt, recht sonderbar, daß Ausländer nicht zur Annahme gelangen; das ist mindestens ebenso christlich wie: »Reisekosten werden nicht vergütet«.

Christentum und Kanonenkönigtum sind eben doch zweierlei. Der Nazarener soll ja bekanntlich auch gesagt haben: »Mein Reich ist nicht von dieser Welt!« S.

Bezirk Schlesien und Posen.

Abrechnung für die Zeit v. 1. April bis 30. Sept. 1909.

Einnahme:

Zahlstelle:	Beiträge		Summa:
	I. Quartal 1909	II. Quartal 1909	
Bestand vom 31. März 1909.	259,30		259,30
Altwasser	8,85	9,20	18,05
Breslau	29,50	28,10	57,60
Bunzlau	1,35	1,51	2,89
Freiburg	3,12	3,10	6,22
Glogau	2,60	3,—	5,60
Görlitz	6,72	6,37	13,09
Hirschberg	4,60	5,—	9,60
Hof-Göhlenau	4,03	4,45	8,48
Kattowitz	2,70	2,40	5,10
Neurode	3,03	3,26	6,29
Posen	12,—	8,76	20,76
Ratibor	3,60	—	3,60
Schweidnitz	1,17	1,36	2,53
	3,78	2,94	6,72
Summa:	346,38	79,45	425,83

Ausgabe:

	Im		Summa:
	II. Quartal 1909	III. Quartal 1909	
Verwaltung			
Porto	4,64	4,49	9,13
Agitation	75,90	—	75,90
Verhandlungen mit Arbeitgebern	7,40	17,70	25,10
Sonstiges	5,20	10,20	15,40
Summa:	93,14	32,39	125,53

Bestand am 30. September 1909. 300,30

Summa: 425,83

Altwasser im November 1909.

Der Bezirks-Vorstand:

F. Zappe. A. Ochs. M. Urbanietz.

Die Revisoren:

Max Schmidt, Steindr. Aug. Schmidt, Lithogr.

*) Herausgegeben von der deutschen Generalkommission.

Ortsberichte.

Bremen. In unserer gutbesuchten Versammlung vom 24. November gab zunächst Kollege Zückner den Bericht vom Gattang in Bremen. Er richtete in seinen Ausführungen sein Hauptaugenmerk auf die Staffelbeiträge, über die die im nächsten Jahre stattfindende Generalversammlung endgültig entscheiden wird. Er und alle nachfolgenden Redner verurteilten in gleicher Schärfe, daß von verschiedenen Seiten, und zwar auch von Verbandsbeamten, Stimmung für die Einführung der Staffelbeiträge gemacht würde, trotzdem bewiesenermaßen unter 80 bis 90 Pf. als regulärer Mindestbeitrag garnicht gedacht werden könnte. Ob wir mit einem derartigen Beitrag die uns fernstehenden Kollegen zu uns herüberziehen oder gar ganze Schwesterberufe, wie die Xylographen, mit uns fusionieren können, ist fraglich, abgesehen davon, daß wir alle Kollegen, die den geringeren Beitrag zahlen, zu Mitgliedern zweiter Klasse stempeln würden. Einstimmig nahm die Versammlung folgende Resolution an: »Die heute am 24. November im Gewerkschaftshaus tagende Versammlung der Lithographen, Steindruckere und verw. Berufsgenossen erklärt nach Anhörung des Berichts vom Bezirkstag des Gaues Hamburg-Hannover, daß sie sich mit der Einführung von Staffelbeiträgen nicht befriedigen kann. Sie ist der festen Überzeugung, daß auch durch Herabsetzung des Beitrags auf 80 oder 90 Pf. die noch fernstehenden Kollegen der dem Verbandsangehörigen Berufsgruppen nicht gewonnen werden können, und daß der Indifferentismus innerhalb dieser Berufsgruppen andere Ursachen als die angeblich zu hohen Beiträge hat.« Sodann referierte Kollege Niemeyer über die Haltung der »Gr. Pr.« Er führte aus, daß seit einiger Zeit Artikel erscheinen, gegen die wir als klassenbewußte Arbeiter entschieden Stellung zu nehmen hätten. Mit dem Sprichwort: »Wer vieles bringt, wird jedem etwas bringen«, dürften wir uns noch lange nicht zufrieden geben. Um seine Vorwürfe zu beweisen, führte der Referent der Versammlung vor Augen, daß die Bewegung in den 50er, 60er und 70er Jahren einen völlig politischen Charakter getragen habe. Sie dünkte damals selbst einem Bismarck so gefährlich, daß er durch das berüchtigte Sozialistengesetz eine völlige Stagnation herbeiführte. Auch 1890, nach dem Fall des Gesetzes, und in den darauffolgenden Jahren segelte die Gewerkschaftsbewegung noch durchaus im politischen Fahrwasser, abgesehen von verschiedenen Ausnahmen. Auf dem Kölner Parteitag 1893 stimmte Genosse Legien eine recht bewegliche Klage an, daß die Gewerkschaftsbewegung gegenüber der politischen nicht recht vorwärts ginge; er schob die Schuld teilweise auf die führenden Parteigenossen, die zu wenig mit der Gewerkschaftsbewegung sympathisierten. Legien holte sich damals von dem Genossen Liebknecht eine gehörige Abfuhr. Erst Mitte der 90er Jahre, als nach der großen Krise ein starker industrieller Aufschwung erfolgte und gleichzeitig auch die Arbeiterorganisationen gewaltig erstarkten, machte sich eine »Los von der Partei«-Bewegung bemerkbar. Der Redner erinnerte an die Kämpfe zwischen Partei und Gewerkschaft, die jetzt seit ca. 13 Jahren geführt würden, und kam darauf zu sprechen, daß die Gewerkschaften immer mehr dahin kommen, den Sozialismus, der sie erzeugt hat und dessen Milch sie gesogen haben, zu verleugnen. (Die Red.) Stark sind wir geworden, ja! In die Breite sind wir gegangen, aber die Tiefe fehlt! Die 2000 organisierten Kollegen vom Jahre 1890 waren noch klassenbewußte Arbeiter, denen man keine solche geistige Kost hätte vorgesetzen dürfen. Aber jetzt mit unseren 16000 Mitgliedern, sollten wir bestrebt sein, durch die Presse den zusammengewürfelten Elementen Klassenbewußtsein beizubringen! Aber da würde gearbeitet und geschrieben, und zwar ganz systematisch, um der Kollegschaft vor dem sogenannten Radikalismus und Marxismus Angst zu machen. So wurde z. B. vor dem bekannten Robert Schmidt (der »bekanntlich« Sekretär im Zentralarbeitssekretariat, sozialdemokratischer Reichstagsabgeordneter und mindestens ein ebenso guter Genosse ist wie der Kollege Niemeyer! D. Red.) ein Artikel veröffentlicht, der gegen die Kautskysche Broschüre »Der Weg zur Macht« polemisierte, ohne daß die Redaktion ihre Leser auf eine derartige Broschüre aufmerksam gemacht oder diese kritisiert und besprochen hätte. (Ein Hinweis auf die Broschüre erfolgte vor fast 3/4 Jahren. D. Red.) Da würden ferner Artikel aus der Hutmacherzeitung oder sonst welchen Blättern abgedruckt und uns als geistige Kost vorgesetzt, wogegen wir ganz energisch protestieren müßten. (Trotzdem werden wir auch in Zukunft die Kollegen mit dem in anderen Arbeiterblättern erschienenen Guten durch Abdruck unter Quellenabgabe bekannt machen. D. Red.) Wir lassen uns nicht systematisch verblöden und betrachten es als unsere verdammte Pflicht und Schuldigkeit, die deutsche Kollegschaft darauf aufmerksam zu machen. In der Diskussion hob Kollege Richard Schnetter hervor, daß die Presse die geistige Leitung des Verbandes sei. Wenn sie die Kollegen falsch unterrichte, (wo bleibt für diese unerhörte Beleidigung der Beweis? D. Red.) würden diese irreführt. Daher müßten wir verlangen, daß die Presse kontrolliert werde. Er wunderte sich, daß nicht schon von anderer Seite Front gegen solche Artikel gemacht sei, da doch bereits im ver-

gangenen Jahre eine Leipziger Versammlung die butterweiche Haltung der Presse in politischen Prinzipienfragen scharf gerügt habe. Dies sei ein Zeichen, daß sich der größte Teil unserer Kollegen in den wissenschaftlichen Sozialismus noch nicht vertieft habe. Wenn freilich noch nicht einmal die Gewerkschaftsbeamten Gelegenheit nehmen, sich in den Marxismus zu vertiefen, so könne man das von den Kollegen eigentlich noch gar nicht verlangen. Es müsse daher Aufgabe der Presse sein, in dieser Beziehung aufzuklären. Eine Broschüre, die derartig wichtige taktische Fragen behandelt, wie das Buch »Der Weg zur Macht«, hätte die Redaktion schon längst einer gründlichen Besprechung würdigen müssen. Dadurch, daß Kollege Barthel die Meinung anderer wiedergibt, habe es den Anschein, als wolle er seinen eigenen Revisionismus verdecken. Er schlage deshalb folgende Resolution vor: »Die heutige Versammlung der Lithographen, Steindrucker und verw. Berufe stimmt den Ausführungen des Referenten zu, daß die »Gr. Pr.« in prinzipiellen Fragen einen Standpunkt einnimmt, der das proletarische Empfinden und Klassenbewußtsein völlig vermissen läßt. Die Versammlung beauftragt den Referenten, seine Ansichten in der »Gr. Pr.« zu veröffentlichen, um so weitere Kollegenkreise dafür zu interessieren und zur Stellungnahme zu veranlassen.« Diese Resolution wurde einstimmig angenommen. Nachdem noch einige interne Angelegenheiten ihre Erledigung gefunden hatten, erfolgte um 12 Uhr Schluß der Versammlung.

Anmerkung. Wir haben uns darauf beschränkt, diesen Bericht des Kollegen Niemeyer nur stilistisch zu ändern, wo es notwendig war, die inneren Widersprüche aber unberührt gelassen. Was wir zu sagen hatten, wurde bereits in einigen Randbemerkungen gesagt. Im übrigen halten wir es für völlig fruchtlos und überflüssig, uns mit Niemeyer an dieser Stelle in eine Auseinandersetzung darüber einzulassen, wie ein Gewerkschaftsorgan gehalten sein soll. Wir werden uns auch weiterhin seine subjektive Auffassung nicht aufdrängen lassen, sondern wie bisher unter Außerachtlassung jedes Beeinflussungsversuchs den Weg gehen, den wir im Interesse unseres Verbandes, der Gewerkschafts- und der gesamten Arbeiterbewegung für den richtigen halten. Der Mitgliedschaft Bremen möchten wir aber empfehlen, vor jeder Verurteilung durch scharfe Resolutionen den Satz zu beherzigen: »Eines Mannes Rede ist keines Mannes Rede, man muß sie billig hören alle Beede.« Die Redaktion.

Saalfeld a. S. Bei Schlick & Schmidt ist kein Ding unmöglich, und das Unzulängliche, hier wird's Ereignis! Kam es da vor, daß die keramischen Abziehbilder-Steindrucker plötzlich mitten in der Woche aussetzen mußten und erst im letzten Augenblick benachrichtigt wurden. Noch origineller kam es aber bei den Lichtdruckern, die einmal wegen Farbenmangels — einer der Herren Schmidte hatte vergessen, Farbe zu bestellen — aussetzen. Einmal wurden sie aber gar wegen Papiermangels heimgeschiedt, was das Originellste sein dürfte, was auf dem Gebiete des Lichtdrucks geistelt wurde. Wahrscheinlich hatte man auch vergessen, das Papier zu bestellen. Aber sonst herrscht Ordnung, denn als Mitglieder der »Ordnungs«-partei duldet man keine »Fetzer« im Hause und wünscht sie am liebsten in's Ausland, wo der Pfeffer wächst.

Der Lithograph.

Leitend für die Interessen der Lithographen, Kartographen, graphischen Zeichner und Maler.
Redigiert von Fr. Schnetter, Hannover.

Submission und Preisausschreiben im Lithographiegewerbe.

Als ein besonders arger Hassner unsrer Organisation gebärdet sich bei jeder Gelegenheit der Schutzverbändler Wilhelm Hyll in Barmen. Ueberall, wo nur irgend etwas zur Bedrückung der Kollegschaft ausgeheckt wird, da ist dieser gute Mann dabei, da hat er seine Hand im Spiele.

Auch gar schreibselbig ist Herr Hyll. Im Deutschen Steindruckgewerbe dreht er den Schleifstein beinahe noch fleißiger, als der vom Schutzverbands eigens dafür besoldete Doktor. Es erscheint fast keine einzige Nummer dieses Blattes, in der er nicht mindestens ein Scharfmacherlied sänge mit dem von ihm sehr beliebten Kehrmeier:

Surre, surre, Messerlein,
werde scharf auf meinem Stein!

Doch ist diese Scharfmacherei nicht etwa seine einzige Spezialität! Nebenher tritt Herr Hyll auch als Reformator des Gewerbes auf. Besonders will er seinen Kollegen, den Lithographie- und Steindruckerei-Unternehmern, anständige Geschäftsgebräuche anziehen. Erhält er davon Kenntnis, daß irgendwo von einem dieser Herren gegen die aufgestellten Grundsätze des Fachverbandes der deutschen Steindruckereibesitzer gesündigt wird, dann nimmt er dies fast regelmäßig zum Anlaß, im Steindruckgewerbe eine seiner üblichen Moralpredigten zu

halten. Dabei stimmt seine eigne Geschäftspraxis durchaus nicht immer mit seinen Standpatken überein. Hauptsächlich wenn wir Gebilfen die Zeche zu bezahlen haben, glaubt sich Herr Hyll in seinem Geschäftsgebahren nicht an seine Morallehren gebunden. Wieso bei ihm die Praxis der Theorie widerspricht, dafür sei in nachstehendem ein Beispiel gegeben.

Unter der Stichmarke *Verlockende Submission* bringt Herr H(yll) in der letzten Nummer des Steindruckwerbes folgende Epistel:

»Was man den graphischen Kunstanstalten glaubt bieten zu dürfen, ergibt sich aus nachstehendem Schreiben, das an eine Anzahl Firmen unsrer Branche zum Versand gekommen sein dürfte. Ein gleiches Ansinnen mag man an irgend eine andre Branche nicht zu richten, nicht einmal an eine Weinhandlung, bei der es sich um einige halbe Flaschen Wein in geringem Gesamtwert handeln würde. Die Druckereien aber werden der hohen Ehre würdig erachtet, ohne Entschädigung eine Konkurrenzarbeit zu liefern, die unter Umständen recht viel Geld kostet, und die später bei Nichtannahme wertlos ist.«

Nun folgt das erwähnte Schreiben, aus dem hervorgeht, daß eine Zigarettenfirma von verschiedenen Druckereibesitzern Entwürfe zu einem Reklamaplatkat verlangt, aber ohne jedwede Verbindlichkeit. Dazu bemerkt Herr H. unter andern noch:

»Der Absender will sich umsonst eine Anzahl Entwürfe verschaffen, obwohl er im günstigsten Falle nur ein Plakat ausführen lassen kann. Ob er letzteres tut, sagt er nicht, und eine Verpflichtung besteht also nicht. Es ist wirklich etwas stark. Man weiß noch nicht einmal, was man will, und trotzdem verlangt man schon Entwürfe, aber nicht auf dem Wege eines Konkurrenzschreibens mit Preisen, sondern auf dem billigen Wege der Gratislieferung. Die Antwort wird hoffentlich von allen Seiten die gleiche sein, dahingehend, daß es die Geschäftsgebräuche des Verbandes deutscher Steindruckereibesitzer verbieten, kostenlose Entwürfe zu liefern.«

Daß die deutschen Steindruckerei-Unternehmer über derartige Zumutungen ihrer Abnehmer nicht gerade sehr erbaud sein können, läßt sich begreifen. Diese Herren mögen aber auch nicht vergessen, das alte Sprichwort zu beachten: *Was du nicht willst, daß man dir tu, das füg' auch keinem andern zu!*

Besonders Herrn Hyll gegenüber ist diese Mahnung sehr am Platze. Das geschäftliche Verhalten dieses Kämpfers für »gute Geschäftsgebräuche im Lithographie- und Steindruckgewerbe« ist nämlich gar nicht so, wie man auf Grund seines vielen Geschreis annehmen sollte. Dieser Mann sollte sich eigentlich hüten, so sehr mit Steinen zu werfen, sintermalen er doch im Glashause sitzt! Am wenigsten hat gerade er ein Recht dazu, sich über die *Verlockende Submission* der Zigarettenfirma groß aufzuregen; denn ähnliche Forderungen, wie sie hier von dieser Firma den Steindruckereibesitzern unterbreitet werden, hat die Etikettenfabrik von Hyll & Klein in Barmen ohne Bedenken schon an die deutschen Lithographen, graphischen Zeichner und Künstler gestellt.

Die Firma Hyll & Klein verschmähte es auch nicht, sich auf außergewöhnliche Art und Weise unter Aufhebung aller Risiken billige und gute Entwürfe zu Weinetiketten zu beschaffen. Wenn sie dazu den modernen Weg des sogenannten Preisausschreibens beschritt, so tat sie dies nur deshalb, weil sich ihr aus wirtschaftlichen Gründen die Methode der Zigarettenfirma von selbst verbot: Die aller kapitalistischen Produktionsmittel baren Lithographen, Zeichner und Künstler können nicht dadurch, daß ihnen Druckaufträge in Aussicht gestellt werden, zur Abgabe von kostenlosen Entwürfen bewegt werden.

Um Proletarier zu veranlassen, »ohne Entschädigung eine Konkurrenzarbeit zu liefern«, dazu haben schlaue Kapitalisten das System der Preisausschreiben erfunden! Was wir von all den Preisausschreiben zu halten haben, die von privaten Unternehmungen jedweder Art veranstaltet werden, darüber werden wir uns einmal in einem besondern Artikel gründlich aussprechen. Aber das sei bereits bemerkt, daß derartige kapitalistische Veranstaltungen auch nicht anders zu beurteilen sind als die »verlockende Submission« der Zigarettenfirma, über die sich Herr Hyll so sehr entristet.

Man denke nur darüber nach, wohin es führen müßte, wenn die von der Etikettenfabrik von Hyll & Klein in Barmen gepflegte Methode, sich Entwürfe zu Etiketten zu beschaffen, in unserm Berufe auf allen Gebieten Nachahmung fände. Die gesamte Kollegschaft dürfte, einige Glückspilze ausgenommen, jahraus und jahrein umsonst fronen! Zum Glück stehen in unserm Berufe einer weiten Verbreitung dieses kapitalistischen Preisaus-

schreibungs-Unfugs schon viele technische Hindernisse entgegen. Wäre es nicht an dem, Herr Hyll hätte sicher mit seinen modernen Geschäftspraktiken unter gewissen profitlichsten Unternehmern unsers Berufes schon viel Schule gemacht!

Zur Charakterisierung des Geschäftsgebarens des Herrn Hyll wollen wir nur noch zitieren, was ihm wegen seines im Frühjahr 1907 erlassenen Preisausschreibens vom Organ der deutschen organisierten Buchdrucker-Unternehmer, der Zeitschrift für Deutschlands Buchdrucker und Steindruckere, ins Stammbuch geschrieben worden ist. Auf Seite 264 des Jahrgangs 1907 heißt es:

„Es ist an dieser Stelle wiederholt an unsere Kollegen die Warnung ergangen, sich an sogenannten Preisausschreiben für Plakatenwürfe zu beteiligen, weil derartige Preisausschreiben nur darauf hinauslaufen, möglichst viel Entwürfe für wenig Geld zu erhalten und gleichzeitig durch markt-schreierische Bekanntgabe ihres Preisausschreibens kräftig Reklame zu machen. Das Publikum sieht eben nicht hinter die Kulissen und läßt sich leicht täuschen. In erster Linie sind aber die Getäuschten die, die sich dazu hergeben, ihre Zeit, ihre Schaffenskraft und ihre Arbeit einem ungewissen Gewinne zu opfern, die mit ihrem Können Lotteriespielen, dabei aber in Ansehung des oft ganz minimalen Treffers, den sie eventuell erringen können, einen zu großen Einsatz wagen. Verstößt es schon gegen unsere gewerbsüblichen Gebräuche und Normen, wenn sich ein Kollege herbeiläßt, einer Firma Gratisentwürfe und -Skizzen anzubieten, ohne alle Gewähr dafür, daß diese Firma dann bei ihm bestellt, so ist es geradezu unentschuldigbar und höchst tadelnswert, wenn man sich zu so einer Preisausschreiberei hergibt. Sehr zu bedauern ist es, daß der Unfug, der von außerhalb unsers Gewerbes stehenden Firmen in Szene gesetzt wird, nun auch beginnt, in unsern eignen Reihen aufzutreten. So hat sich kürzlich eine alte angesehene Steindruckerei, die sich hauptsächlich mit der Herstellung von Etiketten für Wein, Likör usw. befaßt, gleichfalls zu einem solchen Preisausschreiben veranlaßt gefunden, um mustergültige Entwürfe zu erhalten. Es kommen hierbei 1000 Mk. zur Verteilung und zwar fünf erste Preise von je 100 Mk., fünf zweite Preise von je 50 Mk. und zehn dritte Preise von je 25 Mk. Also 20 Glückliche unter mindestens hundert, die leer ausgehen und umsonst gearbeitet haben. Kennzeichnend für das Bestreben, dabei auch ein wenig Reklame zu machen, ist die Wahl der Preisrichter . . .“

Das ist also Herr Hyll, der Organisationshasser und Kämpfer für anständige Geschäftsgebräuche im Lithographiegewerbe, bengalisch beleuchtet von Unternehmenseitel!

Das war freilich von ihm eine geniale Idee, auf dem Wege des Preisausschreibens ohne jedes Risiko für lumpige 1000 Mk., eine Unmasse Entwürfe für Weinetiketten zu bekommen, aus denen man nur auszusuchen brauchte, was gangbar erschien und viel Profit versprach. Leider wird ihm ein zweitesmal ein solcher Coup nicht mehr recht gelingen! Denn unsere Kollegenschaft wird sich, nachdem sie von uns über diesen Unfug aufgeklärt worden ist, nicht mehr auf diese Weise ausbeuten lassen!

Wenn wir zum Schlusse noch bemerken, daß die Firma Hyll & Klein in Barmen auch viele Lithographien an Privatlithographen vergibt, wobei sie gewiß nicht nach dem Prinzip verfährt, stets den teuersten zu bevorzugen, so wird sicher nun jeder Herr Hyll, den Bekämpfer des Submissionswesens, im rechten Lichte sehen!

Nun wissen die Kollegen wie auch die Unternehmer, was sie von dem Treiben dieses Scharfmachers zu halten haben!

Die Tapetenbranche

Teil für die Interessen der Formstecher, Tapeten-, Linoleum-, Wachstuch-, Zeug- und Seidendrucker.
Arbeitsnachwächler: C. Schubart, Berlin N. 20,
Badstraße 26.

Auf der Streikbrechersuche.

Am 2. Dezember bekamen die Hildesheimer Kollegen die Nachricht, daß der Streikbrecheragent Viet für die Tapetenfabrik Iven in Ottensen Leute anwerbe. Sofort machten sich einige Kollegen daran, der Sache auf den Grund zu gehen. Wie es hieß, sollte der Transport schon morgens um 10 Uhr nach Hamburg abgehen. Da galt es nun, den Kolonnenführer und seine Kolonne ausfindig zu machen. Aber wie? Daß sich von den hiesigen Tapetendruckern niemand durch Viet verleiten lassen würde, war für uns sicher, da sie über die Lage genügend aufgeklärt worden waren. Aber

wo sollten sonst die Arbeitswilligen man sprach sogar von 30 Mann herkommen? Da fiel es einem Kollegen ein, daß eine Untersuchung der christlichen Herberge zur Heimat nichts schaden könnte. Sofort machten sich zwei Mann auf den Weg. Zwei am Eingang zur Herberge stehende Kunden wurden gefragt, ob sie keinen Tapetendruckere gesehen hätten, worauf wir die Antwort erhielten: „Wollt ihr auch mit nach Hamburg? Hier sind schon 21 Mann, die mitfahren.“ Nun waren wir da, wohin wir wollten. Wir ließen alle Kunden herausrufen, bewegten sie, mit nach dem Gewerkschaftshause zu kommen und klärten sie dort über die Lage der Ottensener Tapetendruckere auf, worauf sie das Versprechen abgaben, daß keiner von ihnen Streikbrecher werden wolle.

Jetzt wollten wir aber auch unsern Landsmann Viet gern einmal kennen lernen. Wir begaben uns daher zum Bahnhof, wo wir von unseren Posten erfuhren, daß Viet schon dagewesen und dann zum städtischen Arbeitsnachweis gegangen sei. Dort hatte er nämlich ebenfalls einige Mann angeworben. Wir warteten nun am Bahnhof auf den Massentransport. Es kam aber niemand, und wir befürchteten schon, daß man die Arbeitswilligen vom Ostbahnhof zum Hauptbahnhof bringen werde. Deshalb begaben wir uns auf den Bahnsteig, um die abfahrenden Züge zu kontrollieren. Dort lief nun ein besserer Herr an eben angekommenen Zug entlang und besah sich die unteren Wagenklassen. Und als wir uns den Herrn näher besahen, stellte es sich heraus, daß es Iven aus Ottensen in höchst-eigener Person war, der uns die Arbeit des Kontrollierens schon abgenommen hatte. Viel mußte ihm wohl mitgeteilt haben, daß er mit dem betreffenden Zuge ein Regiment Arbeitswilliger befördern werde und diese Garde wollte ihm Iven jetzt abnehmen. Allerdings ließ ihn sein Agent böse im Stich, so daß er nach vergeblichem Suchen das dem Bahnhof gegenüberliegende Hotel aufsuchte.

Von den geworbenen, nimmere aber aufgeklärten Kunden hatten sich inzwischen einige eingefunden, um dem Viet den Marsch zu blasen, und diese besahen sich ihren zukünftigen Chef einmal durch das Fenster des Hotels, an dem er Platz genommen hatte. Dies mußte Herrn Iven aber unbehaglich sein, denn er verließ gleich darauf das Hotel, um wieder zum Bahnhof zu gehen. Auf diesem Wege begegnete ihm ein Trupp polnischer Arbeiter und Arbeiterinnen, die gerade von der Gutsverwaltung wieder in die Heimat befördert werden sollten. Ob Iven nun geglaubt hat, daß der Trupp Viets Arbeit sei? Sein Interesse war jedenfalls groß und er konnte sich an diesen bunten Leuten gar nicht satt sehen.

Inzwischen erfuhren wir, daß Viet zur Anwerbung neuer Arbeitskräfte nach Hannover gefahren sei, wovon wir die dortige Leitung sofort in Kenntnis setzten. Hoffentlich wird ihm dort ebenso ein Strich durch die Rechnung gemacht wie in Hildesheim. Er hatte hier auf 30 Mann gerechnet, aber keinen einzigen bekommen. Jedenfalls werden wir auch in Zukunft rastlos arbeiten, um jeden Zuzug nach Ottensen zu verhindern. A. n.

Zur Situation im Gewerbe.

(Erwiderung).

In der Nummer 49 unserer Presse stand ein angeblicher Aufklärungsartikel mit der Überschrift: „Zur Situation im Gewerbe“. In diesem Artikel werden die Braunschweiger Formstecher, besonders die bei der Firma Siegmund beschäftigten, angegriffen, indem behauptet wird, fast die ganze Siegmund'sche Bude arbeite zu Hause. Weiter heißt es, daß unter diesen zu Hause arbeitenden Kollegen eine ganze Reihe organisierte seien. Die Sektion fordert den Schreiber des Artikels auf, öffentlich die Beweise für seine Behauptung anzutreten. Wahr ist es, daß die Formstecher vor Eintritt in den Verband zu Hause gearbeitet haben; dafür wurden aber keine Ueberstunden in der Werkstelle gemacht. Wenn der Artikelschreiber die „Graph. Presse“ No. 42 gelesen oder sich vorerst an die Zentralkommission gewandt hätte, so konnte er zu einer derartigen bodenlosen Behauptung nicht kommen. Hat er aber von unserem Sektionsbericht in No. 42 Kenntnis gehabt, so hat er seine Behauptung wider besseres Wissen getan, um den Braunschweigern eins auszuwichen. Wir müssen konstatieren, daß die hiesige Sektion schon vor zirka 3 Wochen einstimmig den Beschluß gefaßt hat, keine Heimarbeit oder Ueberstunden mehr zu machen; ja es wurde sogar bei einer Walze, die eilig war, der Firma die Leistung von Ueberstunden abgeschlagen. Der Schlußsatz des Artikels klingt etwas gehässig und schimmert so beneidenswert nach Braunschweig, aber der Bogen scheint noch etwas zu heiß zu sein. Die Kollegen der Firma Siegmund sind selbst Mannes genug, um ihre Verhältnisse zu regeln, und brauchen von einem unberufenen Kollegen keine Aufklärung. Und was unseren Kunststempel — wie ihn der Artikelschreiber nennt — anbetrifft, so wünschen wir ihm von Herzen, daß er in seinem symbolischen Paradiese, wo er gegenwärtig beschäftigt ist, noch recht lange ausharren möchte. Zum Schlusse müssen wir bemerken, daß der Artikel, nachdem wir uns in der Gesamtheit dem Verbandsangeschlossenen haben, gerade das Gegenteil von dem bezweckt, was er eigentlich müßte. Warum hat der

Kollege nicht die Kölner Formstecher angeführt, die tatsächlich immer viel zu Hause arbeiten? Ist er davon nicht informiert oder will man dies absichtlich verschweigen? Die Sektionsleitung.

Anmerkung. Es ist sehr erfreulich, daß die Braunschweiger Formstecher die Unterlassung jeder Heimarbeit beschlossen haben. Das ging aber aus dem Sektionsbericht in No. 42 noch nicht hervor, konnte also auch dem Verfasser des Artikels in No. 49 nicht bekannt sein. Er nahm an, daß es noch so sei wie früher und er versuchte durch eine Kritik der ihm bekannten ehemaligen Verhältnisse eine Abstellung der den Beruf schwer schädigenden Mißstände. Die besten Absichten waren also maßgebend für diese Bemühungen. Daß sie, da sich die Verhältnisse inzwischen geändert hatten, unflüssig gewesen sind, wird den Artikelschreiber selbst jedenfalls am meisten freuen. Grund zur Erbitterung liegt also auf keiner Seite vor. Damit ist wohl die Sache erledigt. Die Redaktion.



Reisebriefe aus Amerika.

(Fortsetzung).

New-York, 27. IX. 5. X. 09.

New-Yorkist Feststadt. Eigentlich ist es ein großer Ameisenhaufen. Zwei Millionen Fremde soll es in seinen Mauern beherbergen. Aus allen Teilen der Union sind sie zusammengeströmt, — um mit der Stadt die Hudson-Fulton-Feier, gewissermaßen den 300-jährigen Geburtstag New-Yorks, zu begehen. Denn 300 Jahre ist es her, daß der kühne englische Seefahrer Henry Hudson auf der Suche nach einem Durchgang nach dem großen Ozean den nach ihm benannten Fluß, den Hudson entdeckte und befuhr. Von da an beginnt die Besiedelung der Landzunge Manhattan. Holländer gründeten auf ihr New-Amsterdam, das sich anfänglich nur langsam entwickelte. Später wurde die Stadt englisch und erhielt dabei ihren jetzigen Namen. Zur Zeit des amerikanischen Befreiungskriegs zählte sie etwa 22000 Einwohner. Heute ist sie die zweitgrößte Stadt und der größte Handelsplatz der Erde.

Die Stadt ist stolz auf ihre Entwicklung und sie gedenkt, ihr Jubelstern in der großartigsten Weise zu begehen. Das ist ihr gelungen. An alle Nationen der Erde hat sie ihre Einladungen ergehen lassen und ein Blick auf den Hafen zeigt, daß und wie diese der Einladung folgten. Es ist sonderbar, daß auch in diesem Falle, bei einem Feste, das mit keinem kriegerischen Ereignis auch nur das geringste zu tun hat, die verschiedenen Staaten durch Kriegsschiffe vertreten waren. Hätte nicht näher gelegen, sich durch die hervorragendsten Repräsentanten der jeweiligen Handelsflotten vertreten zu lassen? Damit soll nicht gesagt sein, daß es nicht ein schöner Anblick war, die mächtigen Panzerkolosse nebeneinander liegen zu sehen. Vielleicht war es auch ein durchaus richtiges Bild unserer „Civilisation“, das sich da aufrollte.

Wie Spielzeug nahmen sich daneben die Nachbildungen des Halfmond- und das Clermont aus. Auf dem Halfmond unternahm Hudson seine Reisen. Die getreue Nachbildung legt Zeugnis ab von dem Wagemut der alten Seebären, die auf einer solchen Nußschale hinaussteuerten ins Ungewisse.

Auch die Clermont ist eine getreue Wiedergabe des ersten Dampfschiffes, das den Hudson befuhr, und seinem genialen Erbauer Robert Fulton, gilt zugleich die Jubelfeier der Stadt New-York denn es sind 100 Jahre her, daß die Schaufeln des alten, echten Clermont zum ersten Male die Fluten des Hudson zu Schaum schlugen.

Der Strom der Fremden, der sich durch die Strafen wälzt, steigert den unter normalen Verhältnissen schon riesigen Verkehr ins Ungemessene. Vielfach ist die Passage der Strafen geradezu lebensgefährlich. Alle Verkehrsmittel sind vollgestopft. Namentlich in der fünften Avenue, der Prachtstraße New-Yorks, wagt es von früh bis spät in die Nacht. Sie ist zugleich die Feststraße, durch die sich die Festzüge, die Paradenbewegungen, die fast täglich während der Festwoche stattfinden, Wir haben nur eine sehen können. Es war der große Festzug, der das Leben auf Manhattan von der Zeit der Indianer bis zur Jetztzeit schilderte und allen in New-York vertretenden Nationen Gelegenheit gab, ihre Eigenart, heimische Trachten usw. vorzuführen. Die Deutschen fehlten in diesem Zuge. Ihnen war ein besonderer Tag eingeräumt worden und ihre, die Carnivals-Parade, soll die schönste von allen gewesen sein.

Ganz New-York prangt im Festschmuck. Hervorragendes wird namentlich bei der Illumination geleistet. Es ist schon an sich ein eigenartiger Anblick, wenn sich die erleuchteten Wolkenkratzer vom dunklen Nachthimmel abheben. Dazu nun die künstlichen Beleuchtungseffekte, etwas ähnliches kann bei uns nicht geboten werden, es fehlen hier alle Vorbedingungen.

In den Lokalen ist nichts zu haben. Alle sind überfüllt. Das sind Erntetage für die Wirte und Kellner. Es wird immer gesatt, Trinkgelder seien hier unbekannt, das ist unsinnig. Der Kellner hat hier genau so eine offene Hand wie bei uns. Wer einigermaßen bedient sein will, gibt sogar häufig das Trinkgeld im Voraus. Es habert nämlich sehr mit der amerikanischen Fixigkeit; uns ist es häufig

vorgekommen, als seien wir im Berliner Gewerkschaftshaus. Der Unterschied ist nur der, daß in Amerika ein Trinkgeld den Keilern wirklich Beine macht.

Im Festzug sahen wir endlich auch Indianer. Es berührt eigenartig, daß die Leute, die beständig ausrufen: Amerika den Amerikanern, sich eine Anzahl wirklicher Amerikaner aus einem entfernt liegenden Territorium kommen lassen mußten. Sie sahen ganz statlich aus. Namentlich die Männer. Alle in vollem Kriegsschmuck, phantastisch aufgeputzt und grell bemalt. Die Frauen — na, die Geschmücker sind verschieden, ich hatte mir den „Sonnenstrahl“, das „Rehauge“ und wie die Schönen sonst noch heißen mögen, anders gedacht. Später sahen wir sie noch einmal zufällig auf *Staaten Island*, wo sie während der Festwoche untergebracht waren. Wenn es nicht ausgesuchte Leute waren, dann ist es ein prächtiger Stamm, dem sie angehören. Wie mögen sie, zurückgebracht in ihre Wälder und an ihre Lagerfeuer, ihren aufhorchenden Gefährten erzählen von den Wundern der modernen Welt, von der Zahl und der Macht der Bleichgesichter, die ihre Urväter aus den heimischen Jagdgründen vertrieben.

Da fällt mir etwas ein. Ich hatte von Louisville aus geschrieben über die Behandlung der Neger im öffentlichen Leben. Dieser Tage ging eine Notiz durch die Presse, die mehr als alles andere zeigt, wie die Weißen die Farbigen einschätzen. Der Kandidat der Populisten bei der letzten Präsidentenwahl Robert Watson hat in einer Polemik gegen die Sozialisten, die für die Rechte der Neger eintreten, sich dahin ausgesprochen, daß es geradezu ein Verdienst sei, wenn Weiße mit einer Schwarzen in geschlechtlichen Verkehr treten, weil dadurch die weißen Mädchen vor der Verführung bewahrt bleiben. Auch ein Standpunkt im Lande der Gleichheit.

Zu den verschiedenen Sitzungen, die wir hier hatten, gesellte sich auch eine öffentliche Versammlung der deutschen Sozialisten. Schon vor unserer Reise ins Innere des Landes waren wir darum gebeten worden, über unsere Erfahrungen später zu berichten. Warum nicht? Wir benutzten diese Gelegenheit, die irrige Auffassung über das Verhalten der deutschen Generalkommission während der Anwesenheit Gompers richtig zu stellen und haben den Genossen klar zu machen versucht, daß ein Anschluß der amerikanischen Gewerkschaften an die Internationale nicht nur im Interesse der gesamten Gewerkschaftsbewegung liege, sondern daß gerade der fortschrittlich denkende Teil der Amerikaner daran ganz besonders interessiert sei. Wer diesen Anschluß gewollt habe, der habe in Gompers den Vertreter der amerikanischen Gewerkschaften erblicken und ihn demgemäß behandeln müssen. Wir betonten des weiteren die augenfälligen Verschiedenheiten der amerikanischen und der deutschen Gewerkschaften. Daß dabei die ersteren nicht gut weg kamen, mag zum Teil daran liegen, daß man bei anderem den hinten hängenden Zopf eher sieht, zum größeren Teil aber doch an den vielen Eigenheiten der Amerikaner, die ganz befremdend wirken. Darüber will ich mich hier aber nicht auslassen, das mag an anderer Stelle geschehen. Auch darüber werde ich anderswo ausführlicher berichten, daß unsere hiesigen deutschen Kollegen während der Zeit unserer Anwesenheit einen deutschen Klub graphischer Arbeiter gründeten.

Mit den amerikanischen Kollegen standen wir zuletzt auf sehr gutem Fuß. (Schluß folgt.)

Die Leistungen der zusammensetzenden Chemie

(Nachdruck verboten.)

Man ist von allen Seiten gern geneigt, die Dienste, die die Chemie jetzt täglich den vielfältigen Bedürfnissen des Lebens leistet, mit Dank und Anerkennung hinzunehmen. Aber in demselben Augenblicke, wo man sich zu einem neuen Dank gegen sie verpflichtet fühlt und wo man den Chemikern die verdiente Anerkennung zollt, ist man von einer gewissen Seite her nur zu oft beflissen,

beides, Dank und Anerkennung, durch die höhrende Bemerkung wieder zurückzunehmen: „Aber ein lebendes Wesen kann der Chemiker doch nicht künstlich herstellen, über die Lebenskraft kann er also nicht gebieten!“ Man hebt hervor, daß doch eine unübersteigliche Mauer aufgeführt sei zwischen den Erzeugnissen der chemischen Laboratorien und zwischen den Gebilden des Lebens.

Bescheidet sich nun auch die Chemie sehr gern, daß es ihr bis heute noch nicht möglich sei, aus den chemischen Grundstoffen oder Elementen auch nur ein einziges lebendes Infusionstierchen oder einen einzigen zarten Algenfaden künstlich zusammenzusetzen, so lehrt doch die Wissenschaft des Chemikers täglich mehr, daß zwischen den chemischen Kräften und der sogenannten Lebenskraft keine trennende Kluft bestehen könne; ja die Lebenskraft verliert täglich mehr an ihrer Geltung als einer besonderen selbstherrlichen Gewalt, die die chemischen Vorgänge im Organismuskörper beherrsche, sie wird mehr und mehr ein bloßes Wort, womit man einen immer blässer werdenden Begriff bezeichnet.

Gewöhnlich berufen sich diejenigen, die neben den chemischen Kräften eine besondere Lebenskraft annehmen, vor allem auch auf Liebig's großen Namen, und doch ist es derselbe Liebig, der z. B. in seinen chemischen Briefen sagt: „Es ist ganz unmöglich, die Meinungen derjenigen zu teilen, welche glauben, die Geheimnisse des Lebens durch die Annahme einer oder mehrerer Lebenskräfte erklären zu können.“ Freilich führt er dann an anderer Stelle desselben Buches neben Licht, Wärme, elektrischer, magnetischer und Schwerkraft auch die Lebenskraft an. Dieser große Chemiker teilt eben die Unklarheit so vieler in der Beantwortung der Frage, ob eine Kraft außerhalb eines Stoffes denkbar sei. Denn, wenn Liebig von dem Einfluß der Lebenskraft entzogenen Stoffen des lebendigen Körpers (die alsdann den chemischen Kräften allein verfallen) spricht, so faßt er damit die Lebenskraft als etwas über den Stoffen des Körpers Schwebendes, in diese beliebig Hinein- und Herausretendes auf, also als eine vom Stoffe losgelöste Kraft. Fasse das, wer's kann!

Gestützt auf den jedenfalls vernünftigen Grundsatz: die Kräfte sind Eigenschaften der Stoffe, kann man sagen, daß die Kluft zwischen den Erzeugnissen des chemischen Laboratoriums und denen des lebendigen Körpers nicht vorhanden sein könne: denn hier wie dort sind Stoffe die Grundlage, in denen nach ewigen Gesetzen untrennbar mit ihnen verbundene Kräfte walteten.

Die Kluft ist übrigens in einem Sinne von den Chemikern bereits übersprungen. Man nahm bis vor nicht langer Zeit an, daß gewisse Stoffe bloß von lebendigen Körpern, Tieren oder Pflanzen gebildet werden könnten, weil man sie nur in ihnen und von ihnen ausgeschieden fand. Die Chemie hatte es bis dahin nicht weiter gebracht, als bis zur Zusammensetzung solcher Körper, die der unorganischen, d. h. der unbelebten Welt angehörten. Weingeist z. B. unmittelbar aus den Grundstoffen Sauerstoff, Wasserstoff, Kohlenstoff, aus denen er zusammengesetzt ist, zu bereiten, war noch nicht gelungen, sondern es bedurfte dazu gewissermaßen als vermittelnder Gehilfen der lebenden Pflanzen, die das Stärkemehl liefern mußten, aus dem man dann durch chemische Umwandlungsprozesse Weingeist herstellen konnte.

Es ist heute nicht nur möglich Weingeist, sondern auch noch viele andere sogenannte organische Verbindungen, von denen man früher annahm, daß sie nur von oder in Pflanzen und Tieren mit Hilfe der Lebenskraft sich bilden könnten, aus ihren chemischen Grundbestandteilen direkt zusammenzusetzen, also etwas zu bilden, von dem die Vitalisten — so nennt man die an eine Lebenskraft Glaubenden — annahmen, daß es ohne Mitwirkung der Lebenskraft überhaupt nicht darstellbar sei.

Es würde zu weit führen und ohne chemische Vorkenntnisse auch unverständlich sein, wenn ich hier die chemische Bereitungsweise solcher Stoffe

beschreiben wollte; ich beschränke mich daher auf die Aufzählung einiger derselben.

Schon im Jahre 1828 geschah der erste Schritt auf dieser neuen Bahn der synthetischen, d. h. zusammensetzenden Chemie, indem Wöhler den Harnstoff künstlich zusammensetzte, den man bis dahin bloß als ein Erzeugnis der sogenannten Lebenskraft im tierischen Körper angesehen hatte. Es dauerte aber lange, ehe diesem der zweite Schritt folgte: nachdem er aber einmal gefolgt war, schlossen sich zahlreichere weitere an. Im Jahre 1856 ließ der berühmte französische Chemiker Berthelot die künstliche Darstellung der Ameisensäure folgen, jene bekannte von den Ameisen bereitete Säure. Weder Ameisen noch Brennesseln, deren brennender Stoff ebenfalls Ameisensäure ist, wären imstande gewesen, den nötigen Vorrat davon zur künstlichen Kognakbereitung zu liefern, wenn nicht bereits vor Berthelot der deutsche Chemiker Döbereiner ihre Bereitung aus Zucker und Stärkemehl, also noch nicht aus den einfachen chemischen Stoffen — welches eben erst Berthelot ausführte — gelehrt hätte.

Der Ameisensäure folgte dann im Laufe der folgenden Jahrzehnte die künstliche Zusammensetzung des Weingeistes, der Kleesäure, die vom Sauerampfer und Sauerkelee her uns bekannt ist, des Ammoniak, des Cyan und anderer noch viel komplizierter gebauter organischer Körper.

Die Chemie gelangte zu diesen glänzenden Ergebnissen nicht auf dem geraden und kurzen Wege der einfachen Zusammenfügung der erforderlichen Elemente in den erforderlichen Mengenverhältnissen, sondern auf langen und verwickelten Umwegen. Aber auch die Wege, die die Chemie des Lebens bei der Bereitung dieser Stoffe im tierischen oder pflanzlichen Körper geht, sind ohne Zweifel nicht minder lang und nicht minder verwickelt.

Es genügt, um die künstliche Zusammensetzung der organischen Verbindungen zu begreifen und in diesen und in den Erzeugnissen des lebendigen Tier- oder Pflanzenleibes einunddasselbe zu erblicken, sich daran zu erinnern, daß die vier sogenannten organischen Elemente: Sauerstoff, Wasserstoff, Kohlenstoff und Stickstoff einen unendlichen Spielraum ihrer Verbindbarkeit haben, und daß die geringste Abänderung in ihrem prozentualen Zusammentreten immer eine andere Verbindung, d. h. einen anders beschaffenen Stoff gibt, ja, daß dieselben Mengen dieser Elemente die verschiedensten Stoffe bilden. Rohrzucker, Holz, Gummi und Stärkemehl bestehen alle aus denselben Mengen von Kohlenstoff, Sauerstoff und Wasserstoff. Ihr innerer chemischer Unterschied kann also nur darauf beruhen, daß die Atome dieser drei Elemente in ihnen in verschiedener Anordnung mit einander verbunden sind. Daß dem so ist, scheint daraus hervorzugehen, daß die lebende Pflanze jene Stoffe, z. B. Stärkemehl in Gummi und diesen in Zucker (oder umgekehrt) sehr leicht umwandeln kann, wie z. B. in den reifenden Erbsen der Zucker in Stärkemehl und in der keimenden Gerste das Stärkemehl in Zucker umgewandelt wird. Letzteres kann aber auch der Chemiker in seinem Laboratorium bewerkstelligen. Wo bleibt da die Kluft zwischen chemischen Kräften und einer sogenannten Lebenskraft, ja wo bleibt diese dann selbst?

M. H. Baege.

Eingänge.

In freien Stunden. Eine Wochenschrift. Romane und Erzählungen für das arbeitende Volk. Heft 45 und 46. Verlag: Buchhandlung Vorwärts, Berlin S.W. 68. Preis pro Heft 10 Pf. Vierteljahrspreis 1,20 Mk.

Neuland des Wissens. Halbmonatsschrift für Natur und Geistesleben. Herausgegeben von M. H. Baege und E. W. Trojan. 1. Jahrgang Nr. 4. Redaktion: M. H. Baege, Wilhelmshagen-Berlin. Verlag: Teichmann & Co., Leipzig, Bayrischestr. 4.

Stellenangebote

Andrucker, für Schwarz und Farben, sucht anderweitig Stellung. Offerten an [—75] **Max Brand, Bielefeld,** Kaiserstr. 47.

Auto-Aetzer sofort gesucht, zu Mk. 27,— pro Woche. **Schönhals & Oelke, Breslau 1,** 2,40] Ohlauerstr. 43.

Zeichner und Retuscheur (für Landschaft) sowie einige erstklassige **Maschinen-Retuscheure** stellen noch ein [2,40] **J. G. Huch & Co., G. m. b. H., Braunschweig.**

Einige tüchtig. Farben-Aetzer sowie ein routinierter [2,70]

Drei- und Vierfarben-Drucker per sofort gesucht. Gefl. Offerten mit Mustern u. Gehaltsansprüchen erbeten an **Gustav Dreher, Stuttgart,** Württemb. Graphische Kunstanstalt.

Tücht. Farbätzer, für Drei- und Vierfarben, welcher auch in Schwarz-Auto perfekt und sicher arbeitet, sofort gesucht. [2,10] **Zerreib & Co., Nürnberg.**

Stellengesuche **Tüchtiger Strichätzer** sucht baldigst Stellung. Offerten an **H. Simon, Breslau,** Pöpelwitzstr. 22,11.

Verbandsnachrichten

Wer kennt den Aufenthalt des Drei-farbendruckers **Johannes Lange** aus Dresden, zuletzt in Düsseldorf. Gefl. Nachrichten an **Oskar Krumpfort, Köln a. Rh.-Sülz,** Zülpicherstr. 323,11, erbeten. [2,10]

Verschiedenes

Die neuesten **„Vorlagen“** für das graphische Gewerbe stets vorrätig bei [2,10] **C. F. Schulz & Co., Plauen, Kunstgewerbe-Buchhandlung** Bitte portofreie Ansichtsendung unter Angabe des Bedarfs zu verlangen

Bettmässen! Befreiung garantiert sofort. Auskunft umsonst. Alter, Geschlecht angeben! **Institut „Sanitas“, Velburg [240] (Bay).**

Entfettungs-Extrakt „Reina“ entfettet Firnis und Farben ohne dieselben zähe zu machen, verhindert das Tonen der Steine vollständig. Kilo 3,— Mk. **„Matt-Lack“.** Bestes, billigstes Farbenzusatzmittel gegen Kleben, Hart- und Blankwerden und Aufreißen der Abdrücke, Rinnen der Farbe, Spitzwerden der Zeichnung. Kein Kleben in der Prägepresse. Preis Kilo Mk. 3,50, bei 10 Kilo Mk. 3,— gegen Nachnahme. **F. Hantke, Maschinenmeister, Hamburg 22, Berthastr. 13,11.**